

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 20. Januar 1859.

Die heutige Sitzung wird von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari eröffnet und ist zunächst zur Wahl eines Vorsitzenden der Stadtverordneten-Versammlung bestimmt.

Herr Oberbürgermeister Caspari geht auf die gemeinsame Thätigkeit der städtischen Behörden während der letztvergangenen zwei Jahre, der vierten Geschäfts-Periode seit Erlass der revidirten Städte-Ordnung vom 19. März 1850, zurück, spricht die Ueberzeugung aus, daß diese Zeit nicht ohne Nutzen für die Stadt vorüber gegangen sei, und deutet einige speciellere Verhandlungen an: Als das Wichtigste erscheine der definitive Abschluß des Vertrages zwischen der Herzogl. Landes-Regierung und der hiesigen Stadt über verschiedene Güter, Gerechtsame und sonstige Vermögens-Verhältnisse der letztern; in dem Vertrage seien die gerechten und billigen Anforderungen der hiesigen Stadt durch entsprechende Zugeständnisse der Herzogl. Landes-Regierung berücksichtigt und erfüllt und das erwünschte Resultat erreicht, daß die desfallsigen Beziehungen fest geordnet und von andern Zwischenfällen unabhängig gemacht seien. Sodann sei den hiesigen Schulwesen, sowohl hinsichtlich der niedern Volksschulen, als der Bürgerschulen, eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet; Manches sei zur Förderung und Hebung des gesammten Schulwesens bereits zu Stande gebracht, Anderes in gleicher Absicht angeregt und in der Ausführung begriffen, so daß die hiesigen Schulanstalten denen in andern Städten gewiß gleich zu stellen sein dürften; namentlich sei auch auf eine Verbesserung der Gehalte der Gemeinde-Schullehrer die gebührende Rücksicht genommen, um den gegenwärtigen billigen Anforderungen zu genügen. Endlich sei unter den Statuten für die innern Angelegenheiten der hiesigen Stadt den Verhältnissen der Beamten des Stadt-Magistrats und der städtischen Bureaux eine festere Grundlage gegeben. — Die Aufstellung der städtischen Etats

und die Abnahme der städtischen Rechnungen lasse ersehen, daß die finanzielle Lage der Stadt eine günstige genannt werden könne und die Einführung andrer für das Gemeinwesen wohlthätiger und nützlicher Einrichtungen, unter welchen schon jetzt eine allgemeine Wasserleitung, eine neue Bauordnung und die Herstellung eines guten Straßenpflasters in Angriff genommen sei, erleichtern und fördern würde. — Die erspriessliche Erledigung jener vorgedachten Angelegenheiten sei dem guten Vernehmen der städtischen Verwaltungs-Organe unter einander, namentlich dem einsichtsvollen Rathe und der kräftigen Unterstützung von Seiten der Stadtverordneten-Versammlung, sowie der umsichtigen Leitung der Verhandlungen durch den bisherigen Vorsitzenden dieser Versammlung zu danken und wenn beide Theile, Stadt-Magistrat und Stadtverordnete, mit gleichen Gesinnungen in die neue Geschäfts-Periode übergehen würden, so könne es nicht fehlen, daß auch die spätern städtischen Angelegenheiten zu einem gedeihlichen Ende würden geführt werden.

Aus der hierauf unter der Leitung des Herrn Oberbürgermeisters Caspari vorgenommenen Wahl eines Vorsitzenden der Stadtverordneten-Versammlung geht

Herr Desterreich
mit 18 unter 19 Stimmen hervor.

Herr Desterreich erklärt, daß er nach den Erwägungen, welche ihn zur Wiederannahme der Wahl als Mitglied dieser Versammlung bestimmt hätten, auch die so eben erfolgte ehrenvolle Wieder-Wahl zum Vorsitzenden nicht ablehnen könne und deshalb um so bereitwilliger, mit gebührendem Danke für das durch die Wahl ihm geschenkte Vertrauen, den Vorsitz übernehmen werde.

Unter dem Voritze des Herrn Desterreich werden von der Versammlung nach einander die nachstehenden Wahlen zu einzelnen Amtsführungen, zu Commissionen und Deputationen vorgenommen, nachdem die Versammlung auf den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden sich damit einverstanden erklärt hat, daß die Mitgliederzahl der bisher bestandenen Commissionen und Deputationen unverändert bleiben solle.

Die Namen der zu wählenden Personen werden auf Zetteln verzeichnet, diese Stimmzettel werden gesammelt und von dem Herrn Vorsitzenden verlesen, die abgegebenen Stimmen unter Aufsicht der Herren Wankelius und Steinmeyer gezählt und die Wahlen durch Stimmenmehrheit entschieden. Gewählt sind hiernach:

- 1) zum Stellvertreter des Herrn Vorsitzenden:

Herr Grotrian
mit 18 unter 19 Stimmen;

- 2) zum Stellvertreter des Protocollführers:

Herr Häusler
mit allen 19 Stimmen;

- 3) zum Mitgliede der Armen-Direction:

Herr Kellner
mit 16 unter 19 Stimmen;

- 4) zum Mitgliede des Gemeinde-Schul-Vorstandes:
Herr Steinmeyer
mit 15 unter 20 Stimmen;
- 5) zum Mitgliede des Gemeinde- (Kirchen-) Cassen-Collegiums:
Herr Grass
mit 19 unter 20 Stimmen;
- 6) in die Pflegehaus-Verwaltungs-Deputation:
die Herren Grund und Kellner;
- 7) in die Commission für Statute, Reglements und Rechtsachen:
die Herren Desterreich, Aronheim, Häusler, Uhde, Lissebon, Meyer und Ramdohr, — unter dem Vorsitze des Herrn Desterreich;
- 8) in die Commission für städtische Finanz- und Vermögenssachen:
die Herren Fudel, Grotrian, Wankelius, Degener und Kahlert, — unter dem Vorsitze des Herrn Grotrian;
- 9) in die Commission für Kirchen- und Schulsachen:
die Herren Uhde, Steinmeyer und Grass, — unter dem Vorsitze des Herrn Uhde;
- 10) in die Deputation für städtische Bausachen:
die Herren Lissebon, Grass und Rischbieter, unter dem Vorsitze des Herrn Grass;
- 11) in die Commission für Aufnahme-, Heiraths- und Gewerbebetriebs-Gesuche:
die Herren Aronheim, Meyer, Kloss, Grass und Bartels, — unter dem Vorsitze des Herrn Grass.

Die sämmtlichen Wahlen sind unangefochten geblieben und von den Gewählten angenommen.

Die Schätzungs-Deputationen für die Veranlagungen zur Gemeinde- und Armen-Steuer werden zusammen gesetzt:

- 1) für den Wendenthor-District:
aus den Herren Wankelius, als Vorsitzendem, Lissebon, Nieß und Degener;
- 2) für den Steinthor-District:
aus den Herren Ramdohr, als Vorsitzendem, Halle, Helfft und Rischbieter;
- 3) für den Augustthor-District:
aus den Herren Kellner, als Vorsitzendem, Grund, Uhde und Niemeyer;
- 4) für den Wilhelmithor-District:
aus den Herren Fudel, als Vorsitzendem, Kloss, Steinmeyer, Meyer und Flagge;

- 5) für den Hohethor-District:
aus den Herren Grass, als Vorsitzendem, Fabricius, Kah-
lert, Aronheim und Bartels;
- 6) für den PetriThor-District:
aus den Herren Häusler, als Vorsitzendem, Grotrian,
Quenstedt und Nothdurft.

Die Vorsitzenden dieser sechs Deputationen bilden unter dem Voritze des Herrn Wankelius die Central-Deputation, an deren Verhandlungen auch der Herr Vor-
sitzende Desterreich auf Erfordern Theil nehmen wird.

Die Deputationen werden von dem Herrn Vorsitzenden ersucht, die Veranlagun-
gen zur Gemeinde- und Armen-Steuer, für welche ihnen die betreffenden Rollen mit
Nächstem zugesendet werden sollten, möglichst bald in Angriff zu nehmen und thun-
lichst rasch zu erledigen.

Die Deputation, welche mit der Veranlagung der hiesigen Gewerbetreibenden
zum Salzconsume und mit der Besorgung der sonstigen hiebei vorkommenden Ge-
schäfte beauftragt ist, wird aus den Herren Kloss, Nothdurft, Grund, Kah-
lert, Lissehon und Quenstedt, unter dem Voritze des Herrn Kloss gebildet.

Für jetzt unverändert bleiben bestehen die Commissionen für die Vorverhandlun-
gen in der Gasangelegenheit, aus den Herren Uhde, als Vorsitzendem, Rischbie-
ter, Meyer, Aronheim und Kahlert, — und rücksichtlich der allgemeinen
städtischen Wasserleitung, aus den Herren Kahlert, Rischbieter, Aronheim,
Grotrian und Häusler zusammengesetzt.

Nach Erledigung dieser Verhandlungen wird die Sitzung unter Vorbehalt der
Verlosung des Protocolls in der nächsten Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden ge-
schlossen.

N. 2.

Sitzung am 24. Febr. 1859.

1859.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden eröffnet.

Die Protocolle der Sitzungen am 16. December 1858 und am 20. v. Mts. werden von der Versammlung, nachdem solche verlesen worden, genehmigt.

Die Abwesenheit der Herren Arnheim, Grottrian, Grund und Kellner wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen; abwesend ist außerdem noch Herr Helfft.

Zunächst werden auf Vortrag des Herrn Vorsitzenden in Uebereinstimmung mit den Mittheilungen des Stadt-Magistrats vom 21. d. Mts. für die Uebersiedelung von zwei der hiesigen Stadt angehörigen, zur Zeit in Bevern detinirten Personen, des Schuhmachergesellen Christian Ferdinand Ludwig Raue und des Tagelöhners Wilhelm August Theodor Kirschlager, nach America die unter ähnlichen Verhältnissen gewährten Zuschüsse aus der Stadt-Casse bis zu dem Betrage von je 25 fl von der Versammlung verwilligt.

Hierauf wird zur Tagesordnung übergegangen.

1. Nach einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 28. v. Mts., den Verkauf der städtischen Mühlen-Grundstücke in Delper betreffend, welches von dem Herrn Wanzelius Namens der Finanz-Commission verlesen wird, hat die in der Sitzung am 7. October v. J. vorbehaltene Theilung jener Grundstücke behuf einer erforderlichen Auseinandersetzung mit Herzogl. Bau-Direction manche Anstände hervorgerufen. Um diesen aus dem Wege zu gehen, hat der Stadt-Magistrat mit Herzogl. Bau-Direction das Uebereinkommen getroffen:

»daß letztere auch den der Stadt sonst verbleibenden Antheil an jenen Grundstücken durch eine Zulage von 834 fl zu dem verabredeten Kaufpreise von 5666 fl mit übernehmen und folglich die Mühlengrundstücke ohne Antheil-Berechtigung der hiesigen Stadt für den Kaufpreis von 6500 fl übertragen erhalten solle und wolle.«

Die vom Stadt-Magistrate zu Gunsten einer solchen vollständigen Entäußerung angeführten Gründe werden auch von der Finanz-Commission als zutreffend und maßgebend anerkannt und wird von der Versammlung:

»die Genehmigung zum definitiven Abschlusse des in dem obigen Umfange proponirten Kauf-Contracts«
ertheilt.

Bei dieser Gelegenheit theilt der Stadt-Magistrat noch mit, daß mit dem Fabrikanten Haslicht wegen der demselben für Baukosten zu zahlenden Vergütung ein Vergleich über 1000 R abgeschlossen sei, so daß der hiesigen Stadt danach ein Ueberschuß von 5500 R verbleiben werde.

II. Ein Antrag des Stadt-Magistrats vom 3. v. Mts.:

»den Erben des Stadtregistrators Grütter, welcher am 31. Decbr. v. J. verstorben ist, den Gehaltsbezug ihres Erblassers noch für die auf den Sterbemonat folgenden beiden Monate Januar und Februar d. J. zu gewähren,«

wird von dem Herrn Kahler Namens der Finanz-Commission befürwortet und von der Versammlung genehmigt.

III. Herr Häusler macht Namens der Statuten-Commission der Versammlung Vortrag aus einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 15. v. Mts., die Anstellung eines Processus Seitens der Armen-Direction betreffend.

Die im November v. J. verstorbene Wittve des Fabrikarbeiters Schrem, Friederike, geb. Uffmus, welche zur Zeit ihres Todes Conventualin des sog. Alten-Convents gewesen ist und eine schon seit sechs Jahren im hiesigen Pflegehause untergebrachte geistesschwache Tochter hinterlassen, hat kurz vor ihrem Tode, am 4. November v. J., eine Summe von 200 R , fast ihr gesamtes Vermögen, laut eines notariellen Testaments an ihre Schwester, eine Wittve Peters, verschenkt. Die dieser Schenkung untergelegten Motive: die Beschenke habe der Schenkerin Jahre lang Beköstigung, Wartung und ähnliche Prästationen zukommen lassen u. s. w., haben sich nicht als wahr und richtig herausgestellt, weil die Schenkerin nur etwa 14 Tage lang vor ihrem Ableben ernstlich krank gewesen ist und höchstens während dieser Zeit von der Beschenkten versorgt sein könnte, letztere aber wegen ihrer großen Dürftigkeit Unterstützungen nicht bloß aus öffentlichen Fonds, sondern selbst von der Schenkerin erhalten hat. Auf der anderen Seite hat die Wittve Schrem, abgesehen davon daß dieselbe im sog. Alten-Convente Wohlthaten genossen, für welche den Stiftungen der Nachlaß ihrer Conventualinnen zugewiesen ist, und daß dieselbe die Erbberechtigung ihrer leiblichen Tochter ganz außer Augen gelassen hat, durch die Schenkung einer Verfügung über ihr Vermögen vorgenommen, welche jedenfalls der hiesigen Stadt einen rechtlichen Grund zu einer Anfechtung giebt. In so fern nämlich die Schenkerin verpflichtet war, ihre Tochter zu alimentiren, diese Verpflichtung aber von ihr unerfüllt geblieben und statt ihrer von der hiesigen Stadt und Namens der letztern von der Armen-Direction durch die Aufnahme der Tochter in das Pflegehaus, in der Voraussetzung, die Mutter sei zur Alimention überall nicht im Stande gewesen, übernommen ist und endlich die von den öffentlichen Armen-Anstalten gewährten Unterstützungen statutarisch zu einer Ersatz-Forderung berechtigen, so war die Wittve Schrem der hiesigen Stadt wegen der Alimentations-Ausgaben für ihre Tochter verhaftet und bildet jene Forderung eine Schuld der verstorbenen Schenkerin.

Durch die Schenkung unter Lebenden hat dieselbe ihr Vermögen der Berichtigung dieser Schuld widerrechtlich entzogen und die hiesige Stadt beeinträchtigt, wo-

gegen die Armen-Direction, als Gläubigerin, mit den gebotenen Rechtsmitteln im Wege des Processus mit Erfolg wird einschreiten können.

Diese von dem Stadt-Magistrate deducirte Rechts-Anschauung wird auch von dem Herren Commissions-Referenten vertreten und beantragt derselbe dem Schreiben des Stadt-Magistrats gemäß:

»zu der Anstellung eines Processus Seitens der Armen-Direction gegen die Wittve Peters behuf Recission der dieser von der Wittve Schrem gemachten Schenkung die Zustimmung zu ertheilen.«

Durch Beschluß der Versammlung wird die beantragte Zustimmung ertheilt.

In vertraulicher Sitzung findet noch eine Berathung und Beschlußnahme über ein Gesuch um Erlaß der Gemeinde- und Armen-Steuer und über verschiedene Gesuche um Verleihung des Wohnortsrechts statt, nach deren Beendigung die Sitzung unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung von dem Herren Vorsitzenden geschlossen wird.

(Beilage zum 97. Stücke der Braunschw. Anzeigen.)

N^o 3.

(Fortsetzung der Beilage zum 95. Stücke der
Braunschweigischen Anzeigen de 1859.)

1859.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten = Versammlung zu Braunschweig

am 8. April 1859.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Degener und Kahler wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen; abwesend sind außerdem noch die Herren Helfft und Meyer.

Das Protocoll der letzten Sitzung am 24. Februar d. J. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Der Herr Vorsitzende stellt zunächst die nachfolgenden Angelegenheiten zur Beschlußnahme:

1) Nach einer Mittheilung des Stadt-Magistrats vom 4. d. Mts. hat ein Arbeitsmann Friedrich Zwele in Nienburg, welcher früher hier als Nagelschmiedegesell gearbeitet und mit einer unverheiratheten Friederike Conradine Louise Fabro von hier, drei Kinder im Alter von 19, 12 und 7 Jahren erzeugt hat, um Ertheilung eines Heiraths-Reverses für diese drei Kinder gebeten, indem seine jetzt beabsichtigte Verheirathung mit der Mutter der Kinder von dem Stadt-Magistrate in Nienburg nur gegen Beibringung eines solchen Reverses gestattet werden soll. Unter Bezugnahme auf einen schon vorgekommenen ähnlichen Fall, giebt der Stadt-Magistrat anheim:

(unvollständig) zur Ausstellung des erbetenen Heimaths-Reverses die nach §. 25 des Gesetzes vom 23. Januar 1852, N. 8, erforderliche Zustimmung zu ertheilen;

um auf diese Weise der ehelichen Verbindung der vorgenannten beiden Personen förderlich zu werden, wobei es dahin gestellt bleiben könne, ob und welche rechtliche Wirkung ein solcher Revers für vorehelich geborne, aber durch nachfolgende Ehe legitimirte Kinder, nach den bestehenden Staatsverträgen haben werde.

Auf den befürwortenden Vortrag des Herrn Vorsitzenden ertheilt die Versammlung:

die beantragte Zustimmung zu der Ausstellung des erbetenen Heimaths-Reverses,

unter dem Vorbehalte, daß, falls demnächst die Kinder aus ihrer Person durch Verheirathung, durch Heranziehung zum Militärdienste, oder auf andere Weise Unterthanrechte im Hannoverschen Staate erwerben sollten, alsdann der Revers seine Kraft verliere.

2) Der Stadt-Magistrat beantragt in zwei Mittheilungen vom 8. vor. Mts.:

»für die Uebersiedelung von zwei der hiesigen Stadt angehörigen, zur Zeit in Bayern definirten Personen, der Arbeiter Heinrich Eduard Christian Degering und August Friedrich Gaus, nach Amerika auf deren von der zuständigen Behörde beförderte Gesuche, die unter ähnlichen Verhältnissen gewährten Zuschüsse aus der Stadt-Casse bis zu dem Betrage von je 25 fl zu verwilligen.«

Von dem Herrn Vorsitzenden wird dieser Antrag empfohlen und wird von der Versammlung, nachdem Herr Kronheim die Erklärung gegeben, daß er für eine derartige Uebersiedelung nicht stimmen werde, so lange dieselbe nicht auf einen zwischen dem diesseitigen Herzogthume und den amerikanischen Staaten abgeschlossenen Vertrag über die Aufnahme von Verbrechern zurückgeführt werden könne, die Geldverwilligung zu dem bezeichneten Zwecke und bis zu dem angegebenen Betrage ausgesprochen.

Nach Maßgabe der Tagesordnung kommen folgende Angelegenheiten zur Verhandlung:

I. Namens der Finanz-Commission erstattet Herr Grotzian der Versammlung Bericht über ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 22. v. Mts., inbalt dessen der vormalige Porzellanhändler Steinhoff gebeten hat, von der Kauffumme der 12,000 fl für die beiden unter N. ass. 1916 und 1917 a am Steinwege belegenen Häuser zu Oftern k. Grs. eine Anzahlung von nur 3000 fl zu fordern, ihn dagegen mit der Restzahlung zu 9000 fl bis zur Vollendung des Neubaus, Michaelis 1861, gegen vierprocentige Verzinsung und gegen Verpfändung der gekauften Grundstücke und seines gesammten übrigen Vermögens zu befristen, weil er erst um letztere Zeit

ein Hypothek-Capital anleihen könne und sein disponibles Vermögen zur Bestreitung der Kosten des Neubaus jetzt verwenden müsse.

Mit dem Antrage des Stadt-Magistrats:

»zu einer solchen Befristung des Steinhoff die Genehmigung zu ertheilen,« glaubt sich die Finanz-Commission, wenn dadurch auch die hiesige Stadt wegen der Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten ihren Verkäufern gegenüber nicht in Verlegenheit gerathen würde, nicht einverstanden erklären zu können: Dem Contracte mit Steinhoff gemäß sollte die Uebergabe der Häuser an denselben zu Ostern 1860 erfolgen, von ihm dagegen gleichzeitig die Kauffumme der 12,000 \mathfrak{f} gezahlt oder aber der zurückbleibende Theil mit 4 Procent verzinst werden; zur Sicherheit der Erfüllung dieser Verpflichtung habe Steinhoff eine hypothekarische Caution im Betrage von 6500 \mathfrak{f} geleistet. Wenn, wie die Commission annehme, die Absicht des Steinhoff sei, den Cautions-Neruz zu Ostern k. Trs. aufzuheben, von dem Cautions-Capitale 3000 \mathfrak{f} zur Abzahlung auf den der hiesigen Stadt schuldigen Kaufpreis und die übrigen 3500 \mathfrak{f} zum Neubau zu verwenden, so würde zwar der Grund und Boden jener Gebäude mit dem zu denselben gehörigen Stücke Landes zum Gesamtwerthe von 3325 \mathfrak{f} verhaftet, eine Summe von 5675 \mathfrak{f} aber ungedeckt bleiben und wegen dieses Schuldbetrages der Steinhoff für $1\frac{1}{2}$ Jahre im Wesentlichen nur eine persönliche Bürgschaft bieten. Letztere dürfe für die hiesige Stadt nicht als genügend angesehen werden, da das Unternehmen des Steinhoff an sich von zweifelhaftem Erfolge sei und ungünstige Zwischenfälle die Ausföhrung zum Nachtheile der hiesigen Stadt stören oder hindern könnten. Deshalb trage die Commission Bedenken, daß dem Steinhoff ein so umfassender Credit gewährt werde, wenn ihm auch gegen anderweite Cautions- oder Bürgschafts-Leistungen Zahlungsfristen zuzugestehen sein möchten, und gebe dieselbe der Versammlung anheim:

»die beantragte Genehmigung abzulehnen, dem Stadt-Magistrate gleichwohl die Verhandlung mit Steinhoff über anderweite Sicherheitsleistungen, durch Cautionen oder Bürgen, zum Zwecke einer etwaigen Credit-Ertheilung offen zu erhalten.«

Herr Oberbürgermeister Caspari erblickt in der Creditirung des größern Theils der Kauffumme, mit welcher allerdings eine Aufhebung des bisherigen Cautions-Neruz verbunden sein sollte, keine Gefahr für die hiesige Stadt, da letztere nicht bloß durch den Grund und Boden, sondern auch durch das in den Gebäuden stekende Material und durch die für den Neubau anzuschaffenden Materialien, außerdem noch durch das gesammte übrige Vermögen des Steinhoff einschließlich seiner sonstigen Grundstücke, wegen ihrer Forderung gesichert sein würde und es eintretenden Falls nicht schwer fallen möchte, an Stelle des Steinhoff einen neuen Unternehmer zu bekommen, welchem die Grundstücke um 3000 \mathfrak{f} wohlfeiler überlassen werden könnten. Unter diesen Verhältnissen dürfte es nicht bedenklich erscheinen, dem Steinhoff den

erbetenen Credit zu gewähren, da es demselben nicht wohl gelingen möchte, von anderer Seite her die zum Neubau erforderlichen Geldmittel zu erlangen, bevor er im Stande wäre, das neu erbaute Haus dafür als Hypothek einzusetzen.

Herr Kronheim theilt die Bedenken der Finanz-Commission und geht davon aus, daß die Opfer, welche die hiesige Stadt zu dem Betrage von 18000 fl durch den Ankauf der beiden Häuser am Steinwege im öffentlichen Interesse aufgewandt habe, bedeutend genug seien, um nicht noch darüber hinaus eine Gefahr zu übernehmen, daß auf der andern Seite Steinhoff seine eignen Verhältnisse hinlänglich erwo-gen haben werde, um wegen der Herbeischaffung der nöthigen Geldmittel nicht in Verlegenheit zu gerathen. Durch das Material, welches nach dem Abbruche der Häuser übrig bleibe und doch sehr bald beseitigt werden müsse, werde der hiesigen Stadt keine entsprechende Sicherheit geboten, und eben so wenig würden die neuen Baumaterialien zu diesem Zwecke dienen, da dieselben dem Steinhoff voraussichtlich auf Credit geliefert werden, mithin zunächst den Lieferanten verhaftet bleiben würden, so daß aus dem Rückgriffe auf letztere der hiesigen Stadt unangenehme Verwickelungen mit den Lieferanten entstehen könnten. Das sonstige Vermögen des Steinhoff, insbesondere dessen gewiß schon mit Hypotheken belasteten Grundstücke würden auch nur eine zweifelhafte Sicherheit gewähren und darum sei es jedenfalls gerathen, an der von Steinhoff bestellten Caution fest zu halten.

Der Herr Vorsitzende giebt eine Recapitulation der für und wider die Creditirung geltend gemachten Gründe und fordert danach die Versammlung zur Abstimmung auf.

Der Antrag der Finanz-Commission wird von der Versammlung angenommen.

II. Durch das von dem Herrn Vorsitzenden verlesene Schreiben des Stadt-Magistrats wird eine Aenderung der Schützenordnung vom Jahre 1849 beantragt.

Zur obern Leitung des Schützenwesens sind bisher zwei Mitglieder des Stadt-Magistrats als Deputirte abgeordnet gewesen, die nach der frühern Schützenordnung vom Jahre 1842 außerhalb der zunächst dem Schützenwesen vorgesetzten Schafferei gestanden haben, durch die noch geltende Schützenordnung vom Jahre 1849 aber den Mitgliedern der Schafferei gleich gestellt sind. Diese Gleichstellung hat sich als nicht angemessen und als nicht verträglich mit der Wirksamkeit jener Deputirten erwiesen und ist deshalb vom Stadt-Magistrate in dem Entwurfe einer neuen Schützenordnung die Aenderung in Antrag gebracht, daß die Leitung der Schützen-Angelegenheiten in die Hand der Schafferei gelegt, die unmittelbare und dauernde Betheiligung des Stadt-Magistrats an dem Schützenwesen aufgehoben und der Stadt-Magistrat fortan nur durch einen Deputirten in den Sitzungen der Schafferei vertreten werde, um von deren Anträgen Kenntniß zu nehmen und die Oberaufsicht ausüben zu können.

Der Entwurf ist zunächst der Schafferei zur Prüfung und Erklärung mitgetheilt und hat sich dieselbe im Uebrigen mit dem Inhalte des Entwurfs einverstanden er-

klärt und nur die Betheiligung des Stadt-Magistrats an dem Schützenwesen in der bisherigen Weise, wenn auch in der durch die Schützenordnung vom Jahre 1842 vorgeschriebenen Form, beizubehalten gewünscht. Der Stadt-Magistrat hat sich indessen zu einem Zugeständnisse in diesem Punkte nicht veranlaßt gesehen, gleichwohl seine Geneigtheit zu erkennen gegeben, auf Wunsch der Schafferei bei Gelegenheit des großen Königsschießens dem Auszuge und Einzuge der Schützenkönige, — zwar nicht mit dreiecktem Hute und dem Degen an der Seite, sondern in gewöhnlicher bürgerlicher Gesellschafts-Kleidung —, in corpore beizuwohnen.

Bevor zur Verhandlung über den der Statuten-Commission zur Vorprüfung vorgelegenen Entwurf übergegangen wird, regt Herr Fabricius die schon in einer frühern Sitzung aufgeworfene Frage an: ob das hiesige Schützenwesen ein städtisches Institut sei, welches unter denselben Grundsätzen stehe, wie die sonstigen der Verwaltung der städtischen Organe unterworfenen städtischen Angelegenheiten, oder ob dasselbe ein Institut sei, welches mehr einen privatrechtlichen Charakter habe?

Als ein Institut im erstern Sinne erscheint dasselbe dem Herrn Fabricius nicht bloß nach der Ausdrucksweise in allen Schützenordnungen: »Schützenordnung der Stadt Braunschweig,« sondern auch nach dem weitem Inhalte der Schützenordnung selbst, aus welchem sich ergebe, daß das Schützenwesen in der ganzen Bürgererschaft beruhe, zur Förderung desselben aus der Stadt-Casse und aus der Staats-Casse feststehende regelmäßige Beiträge erfolgen, die Schützen-Cassen-Rechnungen als Zubehör der Stadt-Cassen-Rechnungen betrachtet seien. Nach dieser Anschauung hält es Herr Fabricius um so weniger für wünschenswerth und zulässig, mit diesem alten, ehrwürdigen Institute Veränderungen vorzunehmen, welche dahin führen, dasselbe als ein nicht städtisches Institut aufzufassen, die bisherigen Functionen der städtischen Beamten aufzuheben und dadurch das Schützenwesen seinem Untergange entgegen zu führen.

Die gegentheilige Ansicht wird von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari, dem Herrn Vorsitzenden und Herrn Kronheim vertreten: das Schützenwesen könne immerhin ein städtisches Institut genannt werden, in so fern dasselbe in hiesiger Stadt seine Existenz und seine Wirksamkeit äußere, und auch nur darauf hin deute der Titel: »Schützenordnung der Stadt Braunschweig,« im Uebrigen sei dem Schützenwesen durch die Schützenordnung eine besondere Verfassung zugestanden, die sich wesentlich von der durch die Städte-Ordnung vorgeschriebenen Art und Weise der Behandlung der städtischen Angelegenheiten unterscheide. Vor Allem trete hierbei die vermögensrechtliche Seite hervor, indem z. B. die Beiträge aus der Stadt-Casse und aus der Staats-Casse zumeist auf festen, klagbaren Vereinbarungen beruhten, während es in Betreff der sonstigen städtischen Angelegenheiten bei der alljährlichen Aufstellung des Stadthaushalts-Etats von der freien Erwägung der städtischen Behörden abhängen würde, ob und welche Geldmittel zu diesen oder jenen städtischen Zwecken auszusetzen seien, und unter Umständen vielleicht für angemessen gehalten werden könnte, die dem Schützenwesen bisher bestimmten Geldmittel wichtigern städtischen Angelegenheiten zu

zu wenden. Auch seien andere Vermögens-Angelegenheiten, die sich auf das Schützenwesen beziehen, z. B. die gerichtlichen Verlassungen der Grundstücke, die Bestellung von Hypotheken u. von dem Vorstande des Schützenwesens stets ohne die bei städtischen Angelegenheiten gesetzlich vorgeschriebene Mitwirkung insbesondere der Stadtverordneten verwaltet und besorgt. Ueberhaupt sei das dem Schützenwesen zugehörige Vermögen von dem städtischen Vermögen stets getrennt gehalten und ersteres nicht den städtischen Behörden, wie bei sonstigen städtischen Angelegenheiten, zur freien Verfügung gestellt, sondern nur der Oberaufsicht des Stadt-Magistrats unterworfen gewesen, zu deren Ausübung die Rechnungs-Abnahme neben der Stadt-Cassen-Rechnung angeordnet sei. — Die persönlichen Träger oder Vertreter des Schützenwesens seien unter dem frei gewählten Vorstande, der Schafferei, zu einer Schützengesellschaft vereinigt, an welcher unter gewissen Voraussetzungen die sämtlichen Einwohner der hiesigen Stadt, jedoch auch Fremde, Theil zu nehmen berechtigt, aber nicht verpflichtet seien. Die Schützengesellschaft beschränke sich im Vergleiche mit der Gesamtheit der befähigten hiesigen Einwohner auf eine geringe Zahl von Personen, die, wenn auch Mitglieder der städtischen Gemeinde, sich doch nicht als die städtische Gemeinde selbst und ihre Angelegenheiten nicht als städtische Angelegenheiten betrachten könnten; sie bilden vielmehr nur eine Gemeinschaft in der Stadtgemeinde, ähnlich den Gemeinheiten, Stiftungen und Corporationen, welche nach §. 181 der Städte-Ordnung unter dem Schutze der Gemeinde stehen, aber ihre eignen Rechte und Verbindlichkeiten haben. — Offenbar würde die Schützengesellschaft an ihrer freieren und unabhängigeren Stellung einbüßen, wollte sie ihre Angelegenheiten ausschließlich der Beurtheilung der städtischen Behörden unterstellen, da diese zwar dem Schützenwesen ihr Interesse und ihre Berücksichtigung erhalten werden, in manchen Punkten aber mit den Wünschen und Anforderungen der Schützengesellschaft nicht übereinstimmen könnten. Bei der neuen Ordnung des Schützenwesens handle es sich darum, den bisherigen beiden Deputirten des Stadt-Magistrats die Functionen abzunehmen, die für die Sache selbst nicht nothwendig und nützlich, für die Deputirten aber belästigend seien.

Herr Fabricius hält die Erledigung der von ihm berührten Frage noch nicht für genügend vorbereitet, und, um den Mitgliedern der Versammlung Gelegenheit zu einer weitem Prüfung und Erwägung der einschlagenden Verhältnisse zu verschaffen, eine Vertagung der Berathung und Beschlußnahme für angemessen.

Die Vertagung wird jedoch von der Versammlung abgelehnt.

Für die Verhandlung über den vorliegenden Entwurf beantragt Herr Kronheim:

»daß nur diejenigen Theile des Entwurfs zur Berathung gestellt werden, durch welche die Bestimmungen der zur Zeit noch geltenden Schützenordnung eine wesentliche Aenderung erleiden würden.«

Nach Annahme dieses Antrages, seitens der Versammlung geht dieselbe auf den Vortrag des Herrn Vorsitzenden zur Berathung des Entwurfs über.

In dem §. 1 ist ausgedrückt, daß das Schützenwesen durch die Schützengesellschaft repräsentirt werde und nach §. 181 der Städte-Ordnung unter dem Schutze der Gemeinde und der Oberaufsicht des Stadt-Magistrats stehe.

Der §. 2 legt die Leitung der Schützenangelegenheiten in die Hand der Schafferei, zu demselben ist von dem Stadt-Magistrate in dem Begleitschreiben ein Zusatz in Vorschlag gebracht, nach welchem vom Stadt-Magistrate ein Deputirter für das Schützenwesen ernannt werden soll. Dieser Deputirte soll berechtigt sein, den Sitzungen der Schafferei, von denen ihm jedesmal unter Angabe des Zwecks der Zusammenkunft, — wie die Commission hinzu gefügt sehen will: — »schriftlich« Anzeige zu machen ist, bei zu wohnen und bei den stattfindenden Verhandlungen so oft das Wort zu ergreifen, als er solches für angemessen erachtet, auf Verlangen der Schafferei aber zu erscheinen verpflichtet sein; eine entscheidende Stimme ist dem Deputirten nicht beigelegt, vielmehr sind die Anträge der Schafferei dem Stadt-Magistrate selbst zur Entscheidung vorbehalten.

Mit dem Zusatze des Stadt-Magistrats und der Hinzufügung der Commission wird der §. 2 von der Versammlung genehmigt.

Auch wird noch zu dem fernern von der Commission beantragten Zusatze zu dem §. 2:

»daß die Beschlüsse der Schafferei ungültig sein sollen, wenn nicht dem Deputirten, wie vorgedacht, eine vorherige schriftliche Anzeige gemacht sei,«

von der Versammlung die Zustimmung ertheilt.

Durch den §. 6 ist die Wahl des Vorsitzenden der Schafferei und dessen Stellvertreters dahin beschränkt, daß diese beiden Personen aus der Zahl der Herrenschaffer gewählt werden sollten. In dem Begleitschreiben des Stadt-Magistrats ist eine Aufhebung dieser Beschränkung für angemessen gehalten und dagegen die Bestimmung vorgeschlagen, daß die Schafferei ihren Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben »aus ihrer Mitte« zu wählen habe.

Mit der Commission erklärt sich auch die Versammlung mit dieser Modification einverstanden.

Die §§. 11 — 15 enthalten Vorschriften über die Aufstellung der Etats für das Schützenwesen, über die Rechnungsführung und über die Abnahme der Schützen-Cassen-Rechnungen Vorschriften, die etwas ausführlicher sind, als solche sich in der Schützen-Ordnung vom Jahre 1849 finden, aber mit den Formen des Rechnungswesens in ähnlichen Verhältnissen übereinstimmen.

Nach Ansicht des Stadt-Magistrats sollte in einem Zusatze zu dem §. 18, welcher von den Festlichkeiten der Schützengesellschaft handelt, ausgedrückt werden, daß der Stadt-Magistrat die Schützenkönige bei deren Auszuge und Einzuge begleiten werde. Die Commission hat dafür gehalten, daß eine derartige Bestimmung nicht

gerade in die Schützen-Ordnung selbst hineingehöre, und deshalb hat der Stadt-Magistrat jenen Zusatz fallen lassen, zumal, wie Herr Oberbürgermeister Caspari bemerkt, den gegenseitigen freundlichen Beziehungen wohl besser gedient sein würde, wenn der Schafferei nach freier Erwägung eine Aufforderung des Stadt-Magistrats zur Theilnahme an dem Auszuge und Einzuge der Schützenkönige überlassen bliebe. Da ein anderweiter bezüglichlicher Antrag nicht gestellt wird, erklärt der Herr Vorsitzende diesen Punkt für erledigt.

III. Das Schreiben des Stadt-Magistrat vom 8. Februar d. J. setzt die Versammlung davon in Kenntniß, daß schon vor einigen Jahren eine Grenz-Besichtigung stattgefunden hat, dadurch eine Feststellung der Grenzen des hiesigen Stadtgebiets vorbereitet ist und letztere jetzt zum Abschlusse gebracht werden solle. Zur Erleichterung und Vereinfachung der Grenzregulirung sind einzelne kleine Theile des städtischen Gebiets mit entsprechenden Theilen der Gebiete der benachbarten Gemeinden ausgetauscht; diese Grenz-Veränderungen sind von Herzogl. Staats-Ministerium im Voraus schon genehmigt. Nach Einsicht und Prüfung dieser Vorarbeiten Seitens der Statuten-Commission sind von letzterer, nach dem Vortrage des Herrn Vorsitzenden, nur folgende Grenzbestimmungen der Zustimmung der Versammlung bedürftig:

1) Der Schleusengarten und die Landwehre, jetzt Eigenthum des Müllers Günther, zu Glesmarode, sind zu der Glesmaroder Feldmark gelegt und von der Häger Feldmark getrennt.

2) Die Drainir-Anstalt und die sog. Plantage, bisher zur Riddagshäuser Feldmark gehörig, sind Theile des städtischen Gebiets geworden.

3) Die Feldmarksgrenze gegen Rautheim ist mit derjenigen Grenze übereinstimmend festgesetzt, welche bei der Separation zwischen der Riddagshäuser Schafferei und dem Haushalte zu St. Leonhard, einerseits, und den Gemeinden Rautheim und Mascherode, anderseits, für St. Leonhard angenommen ist.

4) Der sogenannte Fuchsberg und der untere Haidteich sind von der Melveröder Feldmark genommen und dem städtischen Gebiete zugetheilt.

5) Die Herzogl. Parkanlagen bei Richmond, welche zum Theil noch zur Rüniger Feldmark gehören, sind in ihrem ganzen Umfange für das städtische Gebiet bestimmt.

6) Eine kleine Wiese, welche der Eisenbüttler Mühle als Weideabfindung zugefallen, ist der Rüniger Feldmark zugelegt.

7) Einige Specialtheilungspläne der Neupeetritzer Gemeinde zu 2 Morgen 70 Ruthen sind von der städtischen Feldmark getrennt und an die Lehndorfer Feldmark abgegeben.

8) Die Landesbaumschule ist ihrem ganzen Umfange nach von der Dölper Feldmark getrennt und dem städtischen Gebiete beigelegt.

Von der Versammlung werden diese Grenzbestimmungen gemäß dem Antrage der Statuten-Commission genehmigt.

IV. In einem Schreiben vom 16. Januar v. J. hat sich der Stadt-Magistrat über allgemeine Grundsätze und Anhaltspunkte ausgesprochen, welche die unwider- rufliche Aufnahme fremder, in zeitweiligen Dienst- oder Arbeits-Verhältnissen sich befindender Personen, namentlich von Dienstboten, Gesellen, Fabrikarbeitern, in die hiesige Stadt betreffen.

Nach der Berichterstattung des Herrn Kronheim, Namens der Commission für Wohnortrechts-Gesuche u., geht der Stadt-Magistrat davon aus, daß es nicht wohl zulässig erscheinen dürfe, derartige Personen, welche von Außen nach hiesiger Stadt kommen, um hier in zeitweilige, kündbare Dienst- oder Arbeits-Verhältnisse zu treten, auf deren etwaigen Wunsch sofort in die hiesige Stadt unwiderruflich aufzunehmen, sondern daß es für eine solche unwiderrufliche Aufnahme darauf ankomme, derartige Personen hier an Ort und Stelle nach allen Seiten hin, rück- sichtlich ihrer Persönlichkeit, ihrer Leistungsfähigkeit, der voraussichtlichen Dauer ihrer Dienst- oder Arbeitsstellung u., zuvor näher kennen zu lernen. Danach sei es eine durchaus natürliche und gerechte Anforderung, daß derartige Personen erst eine Zeit lang in hiesiger Stadt sich aufgehalten haben müssen, ehe sie auf eine unwiderrufliche Aufnahme rechnen dürfen, und es frage sich nur, welche Dauer ihres hiesigen Aufenthalts zu diesem Zwecke anzunehmen sein möchte. Durch die Annahme eines bestimmten Zeitraums werde eine gewisse Gleichmäßigkeit in der Beurtheilung und Behandlung der Gesuche um Verleihung des Wohnortrechts herbeigeführt und die Erwägung dem Einflusse entzogen, welchen Bekanntschaften und Empfehlungen von der einen oder der andern Seite geltend zu machen im Stande seien. Der Zeit- raum dürfe aber auch nicht zu kurz abgemessen, müsse vielmehr auf eine Reihe von Jahren erstreckt werden, weil alsdann erst Gelegenheit geboten sei, mit größerer Zu- verlässigkeit die vorgedachten Verhältnisse zu prüfen und die betreffenden Personen in jeder Hinsicht bewährt zu finden. Wenn die Gesetze bei Dienstboten und Gesellen unter gewissen Voraussetzungen den Erwerb des Wohnortrechts in einer Gemeinde an einen zehnjährigen Aufenthalt knüpfen, so sei es motivirt, diesen Zeitraum von zehn Jahren auch für die dem freien Ermessen vorbehaltene Verleihung des Wohn- ortrecht zur Anwendung zu bringen, zumal es den fremden Personen, welche hier in Dienst- oder Arbeit stehen, nicht darauf ankommen könne, ob sie einige Jahre frü- her oder später das Wohnortrecht erlangen, dieselben aus diesem Grunde ihr hie- siges Dienst- oder Arbeits-Verhältniß nicht verlassen werden und den Interessen der hiesigen Dienst- oder Arbeitgeber nur genügt werde, wenn die unwiderrufliche Auf- nahme jener Fremden von dem Verlaufe einer längern Dienst- oder Arbeitszeit ab- hängig bleibe.

Hiernach giebt der Stadt-Magistrat anheim: »

für die Aufnahme Fremder, in zeitweiligen Dienst- oder Arbeits-Verhältnissen sich befindender Personen, namentlich Dienstboten, Gesellen, Fabrikarbeiter, in die hiesige Stadt als Regel einen zehnjährigen Zeitraum festzustellen.«

Die Commission erkennt an, daß es allerdings nothwendig sei, die unwiderrufliche Aufnahme von Personen der vorbezeichneten Art in die hiesige Stadt erst alsdann auszusprechen, nachdem dieselben eine gewisse Zeit in hiesiger Stadt unter den Augen der städtischen Behörden verkehrt und sich bewegt haben: indessen erscheine es bei der Verschiedenheit der Personen und der Mannigfaltigkeit der Verhältnisse, welche nicht bloß für diese Personen, sondern auch für die Dienst- oder Arbeitgeber und zugleich für die ganze städtische Gemeinde in Betracht kommen, nicht gerathen, diese Zeit für alle Fälle in eine bestimmte Grenze einzuschließen. Vielmehr sei auf eine freiere Beurtheilung der Individualität der Personen und Verhältnisse, welche durch die gesetzliche Bestimmung wegen des zehnjährigen Zeitraums bei Dienstboten und Gesellen ausgeschlossen bleibe, das Hauptgewicht zu legen, um das Interesse der betreffenden Personen, gleichwie der städtischen Gemeinde in entsprechender Weise berücksichtigen zu können und um nicht starr und steif an einem bestimmten Zeitverlaufe fest halten zu müssen. Die bisherige Behandlung so vieler Gesuche um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt habe auch schon zur Genüge ergeben, daß es unausführbar sei, eine feste Zeitgrenze als Regel aufrecht zu erhalten, und darnach könne die Commission der Versammlung nur anheim geben:

»den Antrag des Stadt-Magistrats abzulehnen und es bei dem bisherigen Verfahren bewenden zu lassen«.

Durch Beschluß der Versammlung erfolgt:

die Ablehnung der Proposition des Stadt-Magistrats.

Auf Veranlassung einer andern Andeutung in dem Schreiben des Stadt-Magistrats beantragt die Commission, um dem wiederholten Nachsuchen derselben Personen um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt eine Schranke zu setzen:

»den Stadt-Magistrat zu ermächtigen, derartige wiederholte Gesuche von Dienstboten, Gesellen, Fabrikarbeitern, wenn dieselben, auch nach dem übereinstimmenden Beschlusse der Versammlung, einmal unberücksichtigt geblieben sind, nur alsdann wieder an die Stadtverordneten gelangen zu lassen, wenn entweder die Gesuche durch neue Verhältnisse oder Gründe, — eine Frage, deren Erörterung und Erwägung dem Stadt-Magistrate überlassen bleibt, — motivirt sind oder über den ersten oder wiederholten Beschluß der Versammlung das laufende und das nächstfolgende Kalenderjahr verfloßen ist.«

Herr Flagge möchte die Zeit auf den Verlauf eines Zeitjahrs seit dem vorhergegangenen Beschlusse der Versammlung beschränkt sehen.

Durch die Annahme des Commissions-Antrages Seitens der Versammlung findet der Antrag des Herrn Flagge seine Erledigung.

Hierauf wird die Sitzung unter Vorbehalt der Verlesung des Protokolls in der nächsten Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Nr. 4.

1859.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 14. April 1859.

Die Sitzung wird von dem Herrn Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herrn Degener, Fabricius, Steinmeyer und Aronheim wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen; abwesend sind außerdem noch die Herrn Helfft und Meyer.

Das Protokoll der letzten Sitzung am 7. d. Mts. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Der Herr Vorsitzende giebt der Versammlung von zwei Mittheilungen des Stadt-Magistrats vom 9. und 11. d. Mts. Kenntniß, inbaltß welcher zwei Angehörige der hiesigen Stadt, zur Zeit in der Herzoglichen Besserungs- und Arbeits-Anstalt zu Bavern untergebracht, den Wunsch bekundet haben, nach America auszuwandern. Da diese beiden Personen nicht die Geldmittel besitzen, um ihren Wunsch ausführen zu können, so wird vom Stadt-Magistrate beantragt:

»Die Auswanderung derselben durch Verwilligung eines Zuschusses zu den Uebersiedelungskosten aus der Stadt-Casse bis zu dem Betrage von je 25 R zu ermöglichen.«

Nach den über beide Persönlichkeiten gesammelten Erfahrungen steht nicht zu erwarten, daß dieselben unter den hiesigen Verhältnissen auf den Weg der Sittlichkeit und öffentlichen Ordnung zurückzuführen sein werden, und deshalb beschließt die Versammlung auf den befürwortenden Vortrag des Herrn Vorsitzenden:

»die Verwilligung der angeforderten Zuschüsse.«

Ueber Gesuche verschiedener Personen um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt berichten Namens der betreffenden Commission die Herrn Graß, Klok und Bartels.

Die auf der Tagesordnung stehende Berathung über das Statut, die Straßen-

pflasterungen in hiesiger Stadt betreffend, wird wegen der Abwesenheit des Herrn Oberbürgermeisters Caspari von dem Herrn Vorsitzenden vertagt.

Der Herr Vorsitzende theilt der Versammlung ferner mit, daß die Statuten-Commission unter Mitwirkung der städtischen Bau-Deputation und unter Zuziehung des Stadtbaumeisters Tappe schon lange mit der Prüfung eines vom Stadt-Magistrate vorgelegten Entwurfs zu einer Bauordnung für die hiesige Stadt beschäftigt gewesen sei und nach mehrfachen Umarbeitungen den Entwurf festgestellt habe, welcher den Mitgliedern der Versammlung vor längerer Zeit gedruckt zugestellt worden. Da es eine mühevollen, zeitraubende und gleichwohl nicht genügend lohnende Arbeit sei, den Entwurf Punkt für Punkt in dieser Versammlung zur Berathung zu ziehen, so sei als ein entsprechendes Auskunftsmittel in Vorschlag gekommen:

»die Mitglieder dieser Versammlung aufzufordern, in Bezug auf diejenigen Bestimmungen, für welche von der einen oder von der andern Seite Abänderungen gewünscht werden möchten, schriftliche Aenderungs-Anträge zu formuliren und der Statuten-Commission binnen einer zu setzenden Frist zugehen zu lassen, damit dieselben noch vor der Berathung auch von der Statuten-Commission geprüft werden könnten, und mit der Wirkung, daß auf andere Aenderungs-Anträge bei der demnächstigen Berathung keine Rücksicht weiter genommen werde.«

Ein derartiger Antrag werde von der Statuten-Commission in einer der nächsten Sitzungen der Versammlung vorgelegt werden und möge dieselbe inzwischen von dem Inhalte des Entwurfs Kenntniß nehmen und ein Urtheil darüber sich bilden, ob auf diesem Wege die Berathung der Bauordnung unbeschadet der Sache selbst zu erleichtern und zu vereinfachen sein werde.

Endlich macht der Herr Vorsitzende der Versammlung noch Vortrag über eine ihm vom Stadt-Magistrate kurzer Hand unter mündlicher Kundgebung des dortseitigen Beschlusses durch den Herrn Oberbürgermeister Caspari zugegangenen Angelegenheit.

In dem diesjährigen Stadtcassen-Etat ist zu der Instandsetzung der Hausflur, des Treppenhauses, des großen Saals und der angrenzenden Zimmer im Neustadt-Rathhause eine Summe von 1800 R ausgeworfen. Bei dem Beginn der desfallsigen Arbeiten ist die Idee entstanden, daß mit dem großen Saale eine den Verhältnissen entsprechende Umgestaltung vorgenommen werden könnte, wenn insbesondere das Treppnhaus verlegt, der Saal mit großen Flügelthüren und neuen Fenstern versehen und die Decke des Saales ähnlich der im Altstadt-Rathhause restaurirten Saaldecke hergestellt würde. Der Mehraufwand für diese Verbesserungen, welche den Raum aus einem Vorsaale in einem stattlichen Saal, in geschmackvoller Einfachheit auszuführt, verwandeln sollten, beläuft sich nach dem generellen Anschläge des Stadtbaumeisters Tappe auf etwas mehr als das Doppelte der ursprünglichen Summe, indem die Gesamtkosten auf etwa 4000 R berechnet sind. Diese Summe würde sich noch um einige hundert Thaler steigern, wenn statt des projectirten gemauerten Gipses ein hölzerner, insbesondere ein Fußboden von eichenen Dielen gelegt würde.

Nach Ansicht des Herrn Vorsitzenden verdient dieses Project um so mehr Berücksichtigung, als durch die Verwendung von nur 1800 R ein großer Vorplatz, nicht aber ein nutzbarer Raum geschaffen werde, durch den verhältnißmäßig geringen Mehraufwand aber ein in vieler Beziehung wünschenswerther Ausbau des Hauses vervoll-

ständigst werden würde. In diesem Sinne hätten sich auch schon mehr Mitglieder dieser Versammlung ausgesprochen und es werde einer vorherigen umständlichen Erörterung dieser Angelegenheit kaum noch bedürfen. Die nöthigen Geldmittel zur Ausführung jener Arbeiten könne die Stadt-Casse wohl hergeben, da für letztere im Hinblick darauf, daß von Herzogl. Landesregierung in Folge des mit der hiesigen Stadt abgeschlossenen Vertrages zu etwa nöthigen Reparaturen am Aeußern des Neustadt-Rathhauses, die durch den jetzt beabsichtigten Ausbau im Innern zum Theil schon mit beschafft werden würden, 1000 fl zur Verfügung gestellt und einstweilen belegt sein.

Die begonnenen Arbeiten sind von dem Stadtbaumeister Tappe einstweilen eingestellt, um die Entschließung der städtischen Behörden über die weiter gehenden Anforderungen zu erwarten.

In Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate giebt der Herr Vorsitzende der Versammlung anheim:

»die ursprünglich beschlossene Verwendung von 1800 fl einschließlich der Herstellung eines Fußbodens von eichenem Holze statt des gemusterten Gipsstrichs, auf die veranschlagte Summe von 4000 und einigen hundert Thalern zu erhöhen.«

Herr J u d e l erklärt, daß falls heute schon über diesen Antrag Beschluß gefaßt werden solle, er sich seines Votums enthalten werde, da er vor genauerer Erwägung der Sache sich nicht bestimmt darüber entscheiden könne, ob neben den andern bedeutenden Ausgaben, z. B. der 18000 fl für die Häuser am Steinwege, noch jener Mehrbetrag auf die Stadt-Casse gelegt werden dürfe und ob überhaupt jener größere Aufwand dem dadurch zu erreichenden Zwecke entsprechen werde.

In ähnlicher Weise spricht sich Herr N i e ß aus, indem derselbe noch auf die bevorstehenden Ausgaben für Straßenpflasterungen und für die Wasserleitung hinweist und in Frage stellt, ob es wohl nöthig sein werde, bei dem Vorhandensein des schönen Saals im Altstadt-Rathhause dem Saale im Neustadt-Rathhause eine gleiche Ausstattung zu geben.

Dagegen wünscht Herr G r a ß, daß die seit 3 bis 4 Jahren beabsichtigten und nunmehr begonnenen Restaurations-Arbeiten nicht länger aufgehalten werden möchten, da der nach dem jetzigen Anschlage erforderliche Mehraufwand zu unbedeutend sei, um Bedenken zu tragen, denselben noch mit auf die Stadt-Casse zu übernehmen, und ist derselbe noch um so mehr geneigt, die Ausführung jener Arbeiten zu unterstützen, als unter dieselben auch die Herstellung eines hölzernen Fußbodens aufgenommen sei.

Die Abstimmung über den Antrag des Herrn Vorsitzenden hat:

»die Annahme desselben,«

gegen wenige abweichende Stimmen zur Folge.

Nach Beendigung dieser Verhandlungen wird die Sitzung unter Vorbehalt der Verlesung des Protokolls in der nächsten Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

N^o. 5.

(Fortsetzung der Beilage zu N^o 158 de 1859 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

1859.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 19. Mai 1859.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Aronheim, Flagge, Kahlert, Lissebon und Niemeyer wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Das Protocoll der letzten Sitzung vom 14. v. Mts. wird von der Versammlung auf Vorlesen genehmigt.

Der Herr Vorsitzende giebt der Versammlung zunächst Kenntniß von einer Mittheilung des Stadt-Magistrats vom 10. d. Mts., inhalts welcher ein hiesiger Dachdecker-Gesell, zur Zeit in der Herzogl. Arbeits- und Besserungs-Anstalt in Bevern befindlich, den Wunsch zu erkennen gegeben, nach Amerika auszuwandern, und gebeten hat, ihm zu diesem Zwecke mit den nöthigen Geldmitteln zu Hilfe zu kommen.

Die seither vielfach gegen diese Person angewandten Zwangsmaassregeln, um dieselbe zu einem ordnungsmässigen Verhalten und zu einer regelmässigen Arbeitsthatigkeit zu bestimmen, haben zu einem günstigen Resultate nicht geführt und wird aus diesem Grunde in Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate von dem Herrn Vorsitzenden beantragt:

»zur Uebersiedelung jenes Dachdecker-Gesellen nach Amerika den üblichen Zuschuß aus der Stadt-Casse bis zu dem Betrage von 25 \$ zu bewilligen.«

Von der Versammlung wird diese Verwilligung durch Beschluß ausgesprochen.

Zur heutigen Sitzung, vorzugsweise zur Berathung über die Ausführung des Statuts, die Ordnung der Einquartirungslast in hiesiger Stadt betreffend, bestimmt, hat ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 13. d. Mts. Veranlassung gegeben, in welchem die Anzeige enthalten ist, daß die zur Vertheilung der Einquartirungslast, insbesondere der Natural-Quartirung bereits im Jahre 1853 berufenen Commissionen dieser Versammlung mit den nöthigen Vorarbeiten nicht begonnen haben und die Zeitverhältnisse doch wohl eine Aufnahme dieser Vorarbeiten nothwendig erscheinen lassen würden.

An die Vorlesung des obigen Schreibens knüpft der Herr Vorsitzende die Mittheilung, daß unter den Mitgliedern dieser Versammlung mancherlei Bedenken und Zweifel über die Anwendung der Grundsätze, für Vertheilung der Naturalleistung hervorgetreten seien und zur Verständigung über diese Punkte eine Berathung in voller Versammlung für angemessen und wünschenswerth gehalten werde.

Der Herr Vorsitzende verliest den §. 8. des bereits unterm 30. Mai 1853 veröffentlichten Statuts und die damals festgestellte Instruction zur Abschätzung der Gebäude in hiesiger Stadt zur Vertheilung der Natural-Einquartirungslast und hebt als die hauptsächlichsten Grundsätze hervor, daß nach dem Statute die Einquartirungslast im Allgemeinen von allen zur Communal-Steuer, resp. zum Service beitragspflichtigen Personen übernommen, die Naturallast aber von den Eigenthümern oder Besitzern im Stadtbezirke belegener Gebäude getragen und eine desfallige Ausgleichung durch eine Abrechnung über die gesamten Einquartirungskosten bestimmt werden solle.

Die dadurch eingeleitete Discussion führt zur Erwägung und resp. Verständigung über die nachfolgenden Fragepunkte:

1) Die nach §. 14 erforderliche Abschätzung der Gebäude zur Aufnahme von Einquartirung bleibt den Commissionen übertragen, welche die Veranlagung zur Communal-Steuer besorgen; die Vorsitzenden der Commissionen bilden die Central-Commission. Um der letztern das Revisions-Geschäft zu erleichtern, wird es unbedenklich gefunden, das Resultat der Schätzungen der einen Commission einer zweiten vorher zur Vergleichung und Correktion mitzutheilen.

Ein Vorschlag des Herrn Häusler, von der Central-Commission eine »Muster-Schätzung« an Gebäuden von verschiedener Größe vornehmen zu lassen, um einen Maßstab zu gewinnen, welcher von den Mitgliedern der Central-Commission in den einzelnen Commissionen als Anhaltspunkt zur Anwendung gebracht werden könnte, findet nicht die genügende Unterstützung.

2) Nach demselben §. 14 sind von den einzelnen Commissionen je drei Bürger aus den betreffenden Stadttheilen zu den Abschätzungen hinzuzuziehen; die Zuziehung einer größern Zahl als drei ist nicht statthaft; indessen kann im Verlaufe des Schät-

kungs-Geschäfts mit jenen drei Bürgern gewechselt werden, wenn solches zur genauern Ermittlung der Gebäude-Räumlichkeiten in einem engeren Kreise oder aus andern Gründen, für angemessen gehalten werden sollte.

Die Commissionen werden von der getroffenen Wahl der drei Bürger dem Stadt-Magistrate Anzeige machen, um den letztern zu einer Vorladung derselben zu den Schätzungen zu veranlassen.

3. Obwohl nach §. 14 die Gebäudebesitzer verpflichtet sind, den Mitgliebern der Schätzungs-Commissionen, behuf der Abschätzung oder deren Revision, die Hausräume zu öffnen, so wird doch der Wunsch ausgesprochen, der Stadt-Magistrat möge durch eine vorherige Bekanntmachung das Publicum noch besonders auf diese statutarische Bestimmung aufmerksam machen.

4) Bei den Schätzungen derjenigen Häuser, in welchen die Bewohner auf engere Räume beschränkt sind, z. B. auf dem Klinte, an der Mauernstraße, Ritterstraße, Bruchstraße u. wird besonders zu erwägen sein, ob in denselben, wenn die Räume wie gewöhnlich bewohnt sind, überall ein Mann untergebracht werden könnte. Diese Häuser, wie Herr F ü d e l meint, überhaupt mit Natural-Einquartirung zu versehen, wird nicht für zulässig gehalten. Auch wird es, gegenüber der Ansicht des Herrn Bartels, nicht für angemessen gehalten, bei den Schätzungen davon auszugehen, wie viel Mann »mindestens« und »höchstens« in einem Hause unterzubringen sein würden, zumal in Nothfällen bei der Vertheilung über das als Regel aufgestellte Maaß werde hinausgegangen werden müssen.

Gegen den Vorschlag des Herrn Ramd o h r, bei den Schätzungen die Rollen über die Vertheilung der Einquartirung, welche vor etwa 10 Jahren aufgestellt worden, zum Grunde zu legen, erklären sich Herr Fabricius und der Herr Vorsitzende, da die Schätzungen auf die gegenwärtigen Verhältnissen sich stützen müßten und eine Revision der ältern Rollen, deren Grundlage unbekannt sei, vielleicht ein ungenügendes Resultat geben würde. Auch entscheidet sich die Versammlung dafür, daß die Commissionen nach bestem Ermessen die Schätzungen von Neuem vorzunehmen haben.

5) In Ansehung der im Messreviere belegenen und zur Vermietzung in den Messen bestimmten Gebäude, sowie in Ansehung der größern und kleinern Wirthshäuser, sollen die Schätzungen im Allgemeinen wie bei andern Privathäusern zur Ausführung gebracht werden; nur sollen die Messhäuser, wenn thunlich, für die Dauer der Messen mit Einquartirung übersehen werden, was nach der Mittheilung des Herrn Stadtrath Mack auch früher schon geschehen ist.

6) Da unter den nach §. 9 von der Einquartirung befreiten Gebäuden die Predigerhäuser, für welche, wie Herr Stadtrath Mack bemerkt, in dem Statut-Entwurfe des Stadt-Magistrats eine Befreiung in Anspruch genommen ist, nicht mit verzeichnet sind, so sind auch diese für Natural-Einquartirung abzuschätzen.

7) Für eben so wenig befreit werden, von der Majorität der Versammlung, auch die städtischen Gebäude, sofern dieselben nicht zu öffentlichen Zwecken benützt werden, angesehen.

Nach Beendigung dieser Berathung fordert der Herr Vorsitzende die Commissionen auf, mit den Schätzungs-Arbeiten baldigst zu beginnen.

Die Sitzung wird unter Vorbehalt der Vorlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

No. 6.

Sitzung am 30. Juni 1859.

1859.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Aronheim, Degener und Fabricius wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Die Verlesung des letzten Protocolls vom 19. v. Mts. wird von dem Herrn Vorsitzenden auf die nächste Sitzung verschoben.

Nach einer Mittheilung des Stadt-Magistrats vom 17. d. Mts. hat ein Arbeitsmann von hier, welcher zur Zeit in der Arbeits- und Besserungs-Anstalt zu Bevern detinirt wird, um eine Unterstützung behuf seiner Auswanderung nach Amerika gebeten. Die Herzogliche Polizei-Direction hält es bei der Persönlichkeit jenes Menschen für gerathen, dessen Entfernung von hier nach Amerika thunlichst förderlich zu werden, und giebt der Stadt-Magistrat anheim:

»zu obigem Zwecke den üblichen Zuschuß bis zu dem Betrage von 25 \mathfrak{R} aus der Stadt-Casse zu bewilligen.«

Auf die Befürwortung dieses Antrages Seitens des Herrn Vorsitzenden, welcher dabei noch bemerkt, daß auch die Zustimmung des Vaters des Auswandernden, da letzterer noch in väterlicher Gewalt stehen werde, zu der Uebersiedelung seines Sohnes nach Amerika erforderlich sein möchte, — wird von der Versammlung die Bewilligung durch Beschluß ausgesprochen.

Tagesordnung.

I. In dem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 9. d. Mts. ist mitgetheilt, daß der unter dem Bürgerschulhause westlichen Bezirks befindliche Keller um Michaelis d. Jrs. aus der Pacht fallen werde, und beantragt:

»den Keller unter den dem obigen Schreiben beigefügten Bedingungen zur Verpachtung im Wege des öffentlichen Meistgebots zu stellen.«

Die Finanz-Commission erklärt sich durch Herrn Grotrian mit der vorstehenden Proposition einverstanden und wird dieselbe auch von der Versammlung genehmigt.

II. Durch den Tod des Armenboten Johann Heinrich Andreas Peters ist eine Wiederbesetzung dieser Botenstelle nothwendig geworden. In dem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 18. d. Mts. sind zu diesem Zwecke drei Personen:

1) der Webermeister und Leihhaus-Pfandmakler Carl Schwerdtfeger,

2) der Kunstvereins-Vote Conrad Schachel,

3) der Lohndiener-Adjunct und Fabrikarbeiter August Theodor Bartels, in Vorschlag gebracht, und fordert der Herr Vorsitzende die Versammlung zur Wahl auf.

Aus dieser Wahl geht mit großer Stimmenmehrheit der unter 1. genannte Schwerdtfeger hervor.

III. Die durch das Schreiben des Stadt-Magistrats vom 24. Mai dtes. Jrs. veranlaßte Wahl zweier Mitglieder der Versammlung zur Theilnahme an den diesjährigen Militär-Aushebungs-Terminen am 22., 23., 24. und 25. August d. J. fällt mit Stimmenmehrheit auf die Herren Rischbieter und Quenstedt, denen für den Fall der Behinderung Herr Steinmeyer als Stellvertreter durch dieselbe Wahl beigegeben wird.

IV. Namens der Finanz-Commission erstattet Herr Grotzian der Versammlung Bericht über einige vom Stadt-Magistrate beantragte außerordentliche Unterstüzungen:

- 1) für die Wittwe des Stadt-Registrators Grütter
20 R aus der Stadt-Casse;
- 2) für die Wittwe des Armenboten Peters
den zweimonatigen Gehalts-Betrag ihres verstorbenen Ehemannes mit
26 R aus der Armen-Casse;
- 3) für den Schulpedellen Stanze an der Bürgerschule westlichen Bezirks
25 R aus der Gemeinde-Schul-Casse.

Die Bewilligung dieser Unterstüzungen wird von der Finanz-Commission befürwortet und durch Beschluß der Versammlung genehmigt.

V. Ueber die Gesuche verschiedener Personen um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt wird in vertraulicher Sitzung verhandelt.

Nach Beendigung der vorstehenden Verhandlungen wird die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

N. 7.

Sitzung am 28. Juli 1859.

1859.

Die Verhandlungen in der heutigen Sitzung sind vertrauliche, und betreffen die Feier der Ereignisse, welche vor 50 Jahren am 31. Julius und 1. August durch den Einzug des Herzogs Friedrich Wilhelm in die hiesige Stadt und durch die Schlacht bei Delper denkwürdig geworden sind.

(Beilage zum 277. Stücke der Braunschw. Anzeigen.)

N. 8.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 215 de 1859 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

1859.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 25. August 1859.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.
Die Abwesenheit der Herren Grottrian, Hellst, Kellner und Steinmeyer wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.
Das Protocoll der letzten Sitzung vom 28. v. Mts. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

I. Zunächst handelt es sich nach dem Vortrage des Herrn Vorsitzenden um Geldverwilligungen aus der Stadt-Casse zu dem Zwecke, um einigen der hiesigen Stadt angehörigen Personen, welche ihre Lebensweise den hiesigen staatlichen Verhältnissen nicht anzupassen vermögen und in Folge davon schon mehrfach mit den Staats-Ge- walten in Conflict gerathen sind, eine von denselben gewünschte Uebersiedelung nach America möglich zu machen.

Die nöthigen Unterstützungen bis zu 124 fl werden von der Versammlung ver- willigt.

II. Namens der Finanz-Commission erstattet Herr Tüdel der Versammlung Bericht über zwei Vorlagen des Stadt-Magistrats:

1) Durch die erste, vom 13. d. Mts., wird eine Nachverwilligung von 600 fl aus der Gemeinde-Schul-Casse in Anspruch genommen zu dem Bau-Capitale der 2500 fl , welche zur Ausführung eines dritten Stockwerks auf dem rechten, nörd- lichen Seitenflügel des Bürgerschul-Gebäudes westlichen Bezirks bestimmt sind, da nach der Auseinandersetzung des Stadtbaumeisters Tappe eine derartige Ueberschrei- tung bei dem nicht vorher zu erkennen gewesenem schadhafte Zustande der hintern Fronte jenes Seitenflügels unvermeidlich gewesen ist;

auf Antrag der Commission wird die Nachverwilligung der 600 fl aus der Gemeinde-Schul-Casse von der Versammlung beschlossen;

2) In der zweiten vom 16. dieses Monats, wird anheimgegeben, zu Gunsten der bevorstehenden Versammlung deutscher Künstler in hiesiger Stadt eine Summe bis zu 100 fl aus der Stadt-Casse zu verwilligen, um an den drei Versammlungs-Abenden die Räume des Altstadt-Rathhauses mit Gas beleuchten und an einem jener Abende eine Beleuchtung des Altstadt-Rathhauses und der benachbarten Gebäude mit bengalischem Feuer veranstalten zu lassen;

die Versammlung verwilligt auf Antrag ihrer Commission die angeforderte Summe bis zu 100 fl aus der Stadt-Casse.

III. Die weiteren Verhandlungen in vertraulicher Sitzung beziehen sich auf Reclamationen gegen die Veranlagungen zur Gemeinde- und Armen-Steuer. Hierauf wird die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Nr. 9.

Sitzung am 15. September 1859.

1859.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Bartels, Flagge, Helfft, Südel, und Meyer wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Das Protocoll der letzten Sitzung vom 25. v. Mts. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

I. An erster Stelle der Tagesordnung wird über Gesuche verschiedener Personen um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt in vertraulicher Sitzung, beraten und Beschluß gefaßt.

II. In einem Schreiben vom 3. d. Mts. giebt der Stadt-Magistrat auf Grund einer gutachtlichen Aeußerung und bestimmt ausgesprochenen Empfehlung des Stadtbaumeisters Tappe der Versammlung anheim:

»zu der definitiven, jedoch durch die gesetzlichen (Städte-Ordnung vom 19. März 1850) und statutarischen (Statut über die Zusammensetzung des Stadt-Magistrats v. vom 28. Febr. 1858) Bestimmungen geregelten und insbesondere auf Kündigung erfolgenden Anstellung des vormaligen Zimmergesellen Carl Christian Heinrich Böcker, aus Holzminden, als Gehilfen des Stadtbaumeisters, in der Eigenschaft eines städtischen Bauaufsehers, mit einem Gehalts-Betrage von 240 fl jährlich die Zustimmung zu ertheilen«.

Auf den befürwortenden Antrag des Herrn Vorsitzenden, Namens der Statuten-Commission, ertheilt die Versammlung die anheimgegebene Zustimmung.

III. Herr Häusler berichtet Namens der Statuten-Commission, über eine Mittheilung des Stadt-Magistrats vom 5. d. Mts., die Vertheilung und Veranlagung des für die hiesige Stadt bestimmten Salzquantums im Einzelnen betreffend:

Bei der letzten Volkszählung im December v. J. hat sich eine Zahl von 40635

Köpfen für die hiesige Stadt herausgestellt, während bei der vorletzten Zahlung im December 1855 die Kopfszahl 38397 betragen hat; durch jene Zahl würde sich das Salzquantum für die hiesige Stadt, auf den Kopf 11 \mathfrak{M} 2 Neuloth gerechnet, auf 4551 Ctr 12 \mathfrak{M} bestimmen und dieses Quantum für das Jahr 1860 zur Veranlagung kommen. Obwohl nun, wie im vergangenen Jahre, so auch im laufenden und voraussichtlich auch im kommenden Jahre der Salzconsum im Ganzen jenes Gesamt-Quantum übersteigen wird, so läßt sich doch das hier bisher angenommene Maß von 10 \mathfrak{M} für den Kopf theils der Preisbestimmung wegen, theils zur Sicherstellung gegen etwaige Ausfälle nicht wohl verringern und ist solches auch nicht nothwendig erschienen weil erfahrungsmäßig 10 \mathfrak{M} für den Kopf nicht zu hoch gerechnet sind.

In Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate beantragt die Commission: »bei der Veranlagung des Salzes auch für das nächste Jahr, 1860, den Einzel-Bedarf wie bisher, auf 10 \mathfrak{M} für den Kopf festzustellen.«

Neben der Annahme dieses Antrages wird zugleich von der Versammlung der in der Sitzung am 20. Januar d. J. bestimmten Commission, bestehend aus den Herren Kloss, Nothdurf, Grund, Kahlert, Lissebon und Quenstedt, die Salzveranlagung der Gewerbetreibenden, sowie die Entscheidung über Reclamationen und Erlassgesuche wegen des Salzconsums in der früheren Weise — Sitzung am 29. Octbr. 1857 — übertragen.

IV. Der Herr Vorsitzende macht Namens der Statuten-Commission der Versammlung Vortrag über eine Vorlage des Stadt-Magistrats vom 16. v. Mts., die Uebernahme und Fortführung des vor dem Wilhelmthore befindlichen unmittelbar am Bahnhofs sich hinziehenden Weges bis zu der Verbindungsstraße zwischen der Leipziger und Frankfurter Chaussee Seitens der hiesigen Stadt betreffend.

Dieses Project ist zuerst in den Sitzungen vom 26. Januar und 12. März 1857 angeregt und durch beifälligen Beschluß der Versammlung unterstützt, zur Förderung derselben sind auch vom Stadt-Magistrate weitere Verhandlungen eingeleitet; es ist aber jetzt erst möglich geworden, die Sache zum definitiven Abschlusse vorzubereiten. Nach der Erklärung der Herzogl. Eisenbahn- und Post-Direction, das zur Fortführung jenes Weges über den Kessel'schen Garten hinaus erforderliche Terrain nicht missen zu können, ist von der Wilhelmthors-Interessenschaft eine unentgeltliche Ueberlassung des hiezu nöthigen Areals in Aussicht gestellt. Die auf diese Voraussetzung gestützte vom Stadt-Magistrate wiederholt zu erkennen gegebene Absicht, die Fortführung des Weges zu übernehmen, hat die Herzogl. Eisenbahn- und Post-Direction veranlaßt, auf die vom Stadt-Magistrate gemachten Vorschläge in nachfolgender Weise einzugehen:

1) Die Herzogl. Eisenbahn- und Post-Direction erklärt sich bereit, sich dahin zu verpflichten, daß, wenn in der Zukunft das Terrain jenes neuen Weges behuf Erweiterung des Bahnhofes oder zu sonstigen Betriebszwecken nothwendiger Weise bahnsseitig sollte in Anspruch genommen werden müssen, sie den Umständen nach entweder einen andern chaussirten Fahrweg auf ihre Kosten herstellen lassen werde, welcher in gleicher Richtung laufe und dieselben Zwecke, wie der jetzt projectirte, zu erfüllen geeignet sei, oder dem Stadt-Magistrate die auf die Herstellung des gedachten Weges verwendeten Kosten ersetzen wolle.

2) Die Herzogl. Eisenbahn- und Post-Direction ist zur Ausführung des fraglichen Wegeprojects ferner geneigt, dem Stadt-Magistrate den ersten Theil des Weges,

vom Wilhelmithore ab bis zum Kesselschen Garten, in seiner jetzigen Ausdehnung und Beschaffenheit zum vollständigen Eigenthume zu überlassen, ohne jedoch die fernere Unterhaltung dieses Wegetractus zu übernehmen oder auch nur einen extraordinären Beitrag zu den Unterhaltungskosten zu leisten, weil durch die unentgeltliche Ueberlassung dieses Wegeterrains an und für sich ein großes Opfer Seitens der Eisenbahn- und Post-Direction gebracht werde, der Weg für die Bahnverwaltung auch nicht unbedingt nothwendig sei und die Eisenbahnen nicht als gewerbliche Etablissements im Sinne des §. 12 des Gesetzes vom 4. Januar 1851 angesehen werden könnten, wie bereits vom Herzoglichen Staats-Ministerium entschieden sei.

3) Die Herzogl. Eisenbahn- und Post-Direction will endlich zu dem neuen Wege (N. 1.) die erforderliche Bahnofsfläche dem Kesselschen Garten gegenüber zu dem Preise von 400 fl pro Morgen abtreten, unter der Bedingung, daß die Fahrbahn unmittelbar an die Bahnofsgrenze und der Fußweg an die Westseite der Fahrbahn verlegt werde.

Der Stadt-Magistrat hält diese Anerbietungen der Herzogl. Eisenbahn- und Post-Direction für annehmbar und wird, sobald nur die Ausführung dieses Wegeprojects durch die städtischen Behörden beschlossen ist, mit der Herzogl. Bau-Direction in Verhandlung zu treten, um die Eröffnung der Verbindungsstraße zwischen der Leipziger und Frankfurter Chaussee zum freien Verkehre zu erwirken.

Ueber die Kosten des Ausbaues, des Neubaus und der Unterhaltung der ganzen Wegestrecke sind von dem Bauconducteur Liesmann Anschläge angefertigt. Unter der Voraussetzung, daß die nöthigen Auffüllungen des Wegeterrains durch allmähliche Zufuhr von Schutt und dergleichen aus der hiesigen Stadt kostenfrei bewerkstelligt werden, sind die Kosten veranschlagt:

a. behuf Instandsetzung des Weges vom Wilhelmithore bis zum Kesselschen Garten — 115 laufende Rth. — auf etwa 750 fl ;

b. zum Neubau der weiteren Wegestrecke vom Kesselschen Garten bis zu der mehrerwähnten Verbindungsstraße — 87½ laufende Rth. — auf etwa 1140 fl ;

c. zur jährlichen Unterhaltung der ganzen Wegestrecke auf etwa 300 fl . Mit diesem Kosten-Aufwande würden insbesondere die Fahrbahn aus Gabbro-Gestein hergestellt, gepflasterte Gassen angelegt und gepflasterte Uebergänge geschaffen werden.

Nach Maßgabe der frühern Beschlüsse giebt die Commission in Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate der Versammlung anheim:

»zur Aufnahme des vorgeschlagenen Weges unter die Zahl der städtischen Communalwege die Zustimmung zu ertheilen,« und legt zugleich einen mit dem Stadt-Magistrate vereinbarten Statut-Entwurf welcher bestimmt:

»der bezeichnete Weg mit Einschluß der beabsichtigten Verlängerung wird den städtischen Communalwegen (§. 2 des Statuts vom 20. November 1851) beigefügt, so daß alle in diesem Statute in Beziehung auf die Herstellung und Erhaltung der städtischen Communalwege getroffenen Bestimmungen auf denselben Anwendung finden,«

zur Genehmigung vor. Bei der von dem Herrn Vorsitzenden eingeleiteten Berathung über das Wege-

projekt legt Herr Gras Gewicht darauf, daß die Verbindungsstraße zwischen der Leipziger und Frankfurter Chaussee dem freien Verkehre übergeben werde. Herr Oberbürgermeister Caspari hofft, das dies nicht schwer von der Herzogl. Bau-Direction zu erreichen sein werde, theilt ferner mit, daß die Unterhaltungskosten nach der Berechnung des Bauconducteurs Liesmann in der vorliegenden Berechnung ziemlich hoch veranschlagt seien, und macht noch darauf aufmerksam, daß bei der allmählichen Auffüllung des Begeterrains durch Schutt und dergleichen aus hiesiger Stadt der Begebau selbst nicht so rasch werde auszuführen sein, als erwartet werden könnte.

Herr Lissebon verstellt zur Erwägung, ob nicht der Weg vom Wilhelmthore bis zum Kesselschen Garten vortheilhafter mit einem Steinpflaster hergestellt würde, da diese Begestrecke weniger dem Luftzuge ausgesetzt sei und die Erhaltung derselben alsdann gewiß nicht so kostspielig sein werde; allein die Capital-Anlage zu einer solchen Steinpflasterung erscheint dem Herrn Vorsitzenden und dem Herrn Oberbürgermeister Caspari um ein so Bedeutendes höher, daß die Capitalzinsen voraussichtlich mehr betragen würden, als im andern Falle die Unterhaltungskosten.

Darauf kommt die Versammlung auf die Proposition des Stadt-Magistrats zurück und genehmigt dieselbe sammt dem von der Commission vorgelegten Statut-Entwurfe.

V. Die schon mehrfach zur Erörterung gelangten Verhältnisse der hiesigen Gasbeleuchtungs-Gesellschaft der hiesigen Stadt und den Privatconsumenten gegenüber bilden auf Grund der späteren seit der Sitzung am 11. November v. J. stattgefundenen Verhandlungen einen Gegenstand der weiteren Berichterstattung des Herrn Kronheim Namens der betreffenden Commission:

Für die Beseitigung der Differenzen, welche aus dem zwischen der hiesigen Stadt und der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft bestehenden Contracte hervorgegangen, sei laut Schreibens des Stadt-Magistrats vom 4. Februar d. J. die künftliche Uebernahme der Gasfabrik Seitens der hiesigen Stadt in Erwägung gezogen. Die desfalligen Verhandlungen mit der Gesellschaft und die auch von Seiten der Commission aufgestellten Fragepunkte hätten indessen zu einer genügenden Kenntnißnahme und Beurtheilung der materiellen Verhältnisse der Fabrik und des Fabrikbetriebes nicht geführt, um eine solche Uebernahme nach allen Seiten hin prüfen und im Hinblick auf die finanziellen Verhältnisse der hiesigen Stadt empfehlen zu können.

Es handele sich daher, wie vorzugsweise um die Festsetzung des Gaspreises und in dieser Beziehung habe die Gesellschaft das anderweite Anerbieten gemacht, den Preis für 1000 Cubikfuß auf $4\frac{1}{2}$ fl. zu ermäßigen und mit diesem Preise bis auf 4 fl. herabzugehen, sobald der Privatconsum auf 7 Millionen Cubikfuß gestiegen sein würde. Gleichwohl könne die Commission die Annahme dieses Vorschlages, welcher vom Stadt-Magistrate in dem Schreiben vom 4. Februar d. J. unterstellt sei, nicht befürworten und würde bei ihrem früheren Antrage auf Herabsetzung des Gaspreises auf 4 fl. für 1000 Cbfß. beharren, wenn nicht inzwischen Umstände eingetreten wären, welche diesem Antrage den bisherigen Stützpunkt entzogen hätten. Die Commission sei nämlich stets davon ausgegangen, daß die Gesellschaft dem Contracte gemäß das sogenannte Patentgas liefere, habe aber neuerlich in Erfahrung gebracht, daß jetzt andere Stoffe, die sogenannte Boghead-Kohle, zur Gasfabrication verwendet würden, und habe sich deshalb nicht in der Lage befunden, genügende Erhebungen zur Preisermittlung für dieses neue Gas zu machen. Eine solche Abwei-

hung vom Contracte sei ohnehin umsoweniger gerechtfertigt, als nicht einmal die Genehmigung des Stadt-Magistrats erbeten sei. Zwar habe die Gesellschaft gemeint, daß es nicht auf die Art und Weise der Fabrikation des Gases, sondern nur auf die Herstellung eines Gases von untadelhafter Reinheit und von hoher Leuchtkraft bei geringem Verbräuche ankomme, wie solches auch durch die Boghead-Kohle und zwar mit dem Erfolge erzielt würde, daß der Preis auf $4\frac{1}{2}$ fl für 1000 Cubikfuß habe bestimmt werden können. Allein für das Patentgas, welches contractlich verheißen sei, könne die Eigenthümlichkeit nur in den Substanzen gefunden werden; aus welchen dasselbe bisher vorzugsweise bereitet worden wäre. Soll der Gesellschaft freie Wahl in der Verwendung der Stoffe zur Gas-Fabrikation überlassen werden, so würde wenigstens der bestehende Contract keine Mittel bieten, die Fabrikation nur einigermaßen zu controliren, zu entscheiden, ob ein der contractlichen Anforderungen entsprechendes Gas geliefert würde, und die Gesellschaft von weitem Abweichungen von ihren contractlichen Verpflichtungen abzuhalten. Außerdem aber sei nach dem Gutachten der unparteiischen Sachverständigen, Dr. Herzog und Wilhelm Kubel, das Boghead-Kohlengas dem Patentgase nicht gleich, weil jenes nicht wie dieses vollkommen rußfrei sei, was selbst die Gesellschaft nicht unbedingt zu behaupten wage, indem dieselbe nur versichere, daß das neue Gas bei Anwendung bestimmter Brenner Ruß nicht absetzen werde.

Unter diesen Umständen trage die Commission darauf an: »von allen weiteren Verhandlungen mit der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft abzustehen und nunmehr mit allem Nachdrucke auf die Erfüllung ihrer contractlichen Verpflichtungen zu halten«.

Herr Uhde als Mitglied derselben Commission, erklärt, daß er zu einer andern Ansicht gelangt sei: Auf die Unterschiebung der neuen Fabrikation des Gases aus der Boghead-Kohle, bei welcher allerdings der oben gerügte formelle Fehler begangen, sei nicht so viel Gewicht zu legen, um die Verhandlungen mit der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft ganz abzubrechen. Möchten auch dem jetzigen Gase nicht alle die guten Eigenschaften zuzugestehen sein, welche das verheißene Patentgas biete, so komme es doch vorzugsweise darauf an, daß ein Gas geliefert werde, welches eine entsprechende Leuchtkraft bei Verbrauch eines bestimmten Volumen gebe. Da nun der bestehende Contract in wesentlichen Bestimmungen längst als unausführbar erkannt sei, so könne der Sache selbst nur dadurch genügt werden, daß ein neuer Contract vereinbart und abgeschlossen werde.

Daran knüpft Herr Uhde seinerseits den Antrag:

»den Stadt-Magistrat zu ersuchen, zum Zwecke der Errichtung eines neuen Contracts mit der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft in Verhandlung zu treten und den Entwurf der Verfassung zur Genehmigung vorzulegen.«

Die Berathung dieser Anträge wird von dem Herrn Vorsitzenden einer folgenden Sitzung vorbehalten und die heutige geschlossen.

N. 10.**Sizung am 27. October 1859.****1859.**

Die Sizung wird von dem Herrn Vorsitzenden Oesterreich eröffnet.

Herr Oberbürgermeister Caspari macht der Versammlung die Mittheilung, daß von Seiten des Bürgervereins der Wunsch ausgesprochen sei, es möchten auch die städtischen Behörden an dem zur hundertjährigen Geburtstagsfeier Schiller's bestimmten öffentlichen Festzuge Theil nehmen, und ersucht dieselbe, auch ihrerseits, diesem Wunsche nachzukommen, mit dem Hinzufügen, daß bei der Ordnung des Festzuges auf die Theilnahme der städtischen Behörden Rücksicht genommen sei.

Das Protocoll der letzten Sizung vom 15. v. Mts wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Die Abwesenheit der Herren Aronheim und Bartels wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

1. Unter Bezugnahme auf den letzten Gegenstand der Tagesordnung in der Sizung am 15. v. Mts., die Verhältnisse der hiesigen Gasbeleuchtungs-Gesellschaft betreffend, erhält Herr Uhde zur näheren Motivirung seines von der Mehrheit der Commission abweichenden Antrages von dem Herrn Vorsitzenden das Wort.

Herr Uhde: Der Antrag der Commission stütze sich vorzugsweise darauf, daß die Gesellschaft immer noch Anstand genommen habe, den Preis des Gases sofort auf 4 P für 1000 Cbfs. herabzusetzen, allerdings aber auch darauf, daß zur Gasfabrication die sogenannte Boghead-Kohle verwendet worden, während die Lieferung des sog. Patentgases, aus einer Mischung von Del, Harz und Steinkohlen hergestellt, contractlich verabredet sei. So viel zunächst diesen zweiten Grund betreffe, so sei in der Verwendung jener Kohle zur Gasfabrication eine Verletzung wesentlicher Contracts-Bestimmungen gefunden, obwohl die Sache nur auf die immerhin zu rügende Außerachtlassung der Form, die Zustimmung des Stadt-Magistrats einzuholen, hinauslaufe. Ein wesentlicher Widerstreit mit den Contracts-Bestimmungen sei wohl nicht vorhanden, wenn die Gesellschaft nur ein Gas liefere, durch welches den Anforderungen des Contracts entsprochen werde; aus welchen Materialien solches Gas hergestellt werde, sei für die Consumenten von keinem Interesse. Es habe sich aber bei der Prüfung des jetzigen Gases herausgestellt, daß dasselbe im Wesentlichen dem Patentgase gleichkomme, gleich diesem bei Anwendung der Brenner für einen Consum von 4 Cbfs. in der Stunde die verheißene Leuchtkraft gebe, keinen üblen Geruch erzeuge und kaum mehr Ruß absehe, als solches unter denselben Verhältnissen bei dem Patentgase der Fall gewesen sein würde. Da bei den Verhandlungen die Commission zu erkennen gegeben habe, daß die Differenzen gehoben werden könnten, wenn nur die Gesellschaft den Preis des Gases auf 4 P für 1000 Cbfs. ermäßige, so bilde eigentlich nur die desfallige Weigerung den Gegenstand des fernern Streites und den hauptsächlichsten Stützpunkt des Commissions-Antrages. Wie auch das Erbieten der Gesellschaft, erst nach einer Steigerung des jetzigen Consums von 5 Millionen auf 7 Millionen Cbfs.

das Gas zu 4 fl. für 1000 Cbß. liefern zu wollen, beurtheilt werden mögen, so sei doch jedenfalls zu berücksichtigen, daß die Gesellschaft nicht in ursprünglicher Erwartung eines namhaften Gewinnes, sondern nur in der Absicht, der hiesigen Stadt eine bis dahin schon lange, aber vergebens gewünschte Gasbeleuchtung zu Theil werden zu lassen, die Gasfabrik angelegt, seither keine übermäßigen Vortheile gezogen und für die Zukunft noch manche kostspielige Einrichtungen zur zeitgemäßen Umgestaltung und Erweiterung der Fabrik vorzunehmen habe, auch die Interessen der Actionäre nicht so leicht hin aufs Spiel setzen könne. Sofern eine Vereinbarung über einen Preis von 4 fl. für 1000 Cbß. zur Zeit nicht zu erreichen sei, würde mithin, wie die Commission beantragt habe, auf den bestehenden Contract zurück zu gehen seien. Mit letztern aber sei unter allen Umständen nichts zu machen, da mehrere wesentliche Bestimmungen desselben, z. B. die Feststellung der Leuchtkraft des Gases in den Brennern nach dem Verhältnisse von 1 : 4, die Controle in Ansehung der Leuchtkraft an sechs verschiedenen Stellen in hiesiger Stadt, unausführbar und unpractisch seien. Daß der Contract in der bestehenden Weise zum Abschlusse gekommen, sei Niemanden zur besondern Schuld anzurechnen, indem eine genügende Entschuldigung für die städtischen Behörden und für die Gesellschaft in der beiderseitigen, zugleich aber auch in der Unkenntniß selbst des Ingenieurs zu suchen sei. Fast bei einem jeden industriellen Unternehmen, wenn dabei auch die Erfahrungen in ähnlichen Fällen benutzt wären würden sich doch Fehler und Mängel herausstellen, denen oft nur mit großen Opfern abgeholfen werden könne, wie auch von der Gesellschaft, z. B. durch Legung weiterer Röhren eine Verbesserung erstrebt sei, und daher dürfe es gewiß als zweifelhaft anzusehen sein, ob etwa eine neue Gasfabrik vor ähnlichen Differenzen sich sicher zu stellen im Stande sein würde. Auch auf das Publicum, die Consumenten, sei insoweit billige Rücksicht zu nehmen, als dieselben sehr bald die Ueberzeugung gewinnen könnten, daß sie sich bei einem wohlfeilern Gase nicht besser stehen und auf eine Umänderung ihrer Anlagen vielleicht erhebliche Ausgaben zu verwenden haben würden. Auf die Durchführung jenes Contractes zu halten, heiße etwas unmögliches fordern und die obwaltenden Streitigkeiten verewigen, ohne daß damit irgend Jemanden gedient wäre.

Herr Oberbürgermeister Caspari: Die Verwendung der Boghead-Kohle datire schon seit Novbr. v. Jrs. und wenn auch die Gesellschaft durch Unterlassung einer desfallsigen Anzeige in der Form gefehlt habe, so liege doch in der Sache selbst keine wesentliche Verletzung des Contracts, gegen welche, da die Aenderung in der Fabrication dem Stadt-Magistrate wie der Commission längst bekannt geworden sei, einzuschreiten der Stadt-Magistrat keine Veranlassung gefunden habe. Das seit jener Zeit gelieferte Gas habe im Wesentlichen dieselben guten Eigenschaften, wie das sogenannte Patentgas; in dem Gutachten der Sachverständigen sei zwar angedeutet worden, daß jenes Gas eine geringe Ruß-Absonderung bemerkbar werden lasse, allein auch das Patentgas sei nicht vollkommen rußfrei gewesen, habe vielmehr eine schwarze Färbung der über der Gasflamme befindlichen Gegenstände, z. B. der Zimmer-Decken erzeugt. Deshalb würde der Stadt-Magistrat kaum Anstand genommen haben, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß statt des Patentgases das neue Gas geliefert werde, um so weniger, da letzteres den Consumenten zu einem wohlfeileren Preise abgelassen werden könne. Die möglichste Preisermäßigung erstrebe, wie die Commission, auch der Stadt-Magistrat; indessen der geringe Preisunterschied von 15 Groschen dürfe doch

wohl keine genügende Veranlassung bieten, die Verhandlungen mit der Gesellschaft, welche zur Zeit den Preis auf 4 P für 1000 Cbß. zu ermäßigen im Interesse der Actionäre für unmöglich erklärt habe, vollständig abzubrechen. Die Folge davon würde sein, daß auf den bestehenden Contract zurückgegangen werden müßte, und da dieser in einzelnen Bestimmungen unausführbar sich gezeigt habe, so werde kein anderes wirksames Mittel übrig bleiben, als einen neuen Contract zu Stande zu bringen. Für diesen Fall aber könne es im Interesse der Privatconsumenten, um denselben die unveränderte Nutzung ihrer jetzigen Anlagen zu erhalten, und im Interesse der hiesigen Stadt, welche an der Gasanstalt mit 15000 P in Stammactien und mit 8000 P in Prioritäts-Obligationen theilhaftig sei, nur angemessen und gerathen erscheinen, mit der bestehenden Gesellschaft Verhandlungen zuzulegen. Schwerlich würden von andern Unternehmern, wenn jeder derselben auch glauben möchte, er verstehe die Sache am besten, gleichwohl in der Ausführung ebenso wenig allseitig zufrieden stellende Resultate schaffen würde, günstigere Bedingungen zu erreichen sein, wie die Streitigkeiten lehrten, welche an vielen andern Orten, z. B. in Hannover, Köln, Magdeburg zwischen den Gaslieferanten und Consumenten obwalteten. In diesem Sinne habe der Stadt-Magistrat einen neuen Contract entworfen, bei welchem allerdings davon ausgegangen sei, daß vorerst der Preis von $4\frac{1}{2}$ P für 1000 Cbß. zum Grunde gelegt werde, welcher aber im Uebrigen anderweite ausführbare Bestimmungen über die Leuchtkraft des Gases unter Anwendung der Brenner für einen Consum von 4 Cbß. in der Stunde, über die Gasmessungen durch einen beidseitigen Controleur, über die Stellung der städtischen Behörden, insbesondere des Stadt-Magistrats zu dem Gesellschafts-Vorstande enthalte.

Diesen Contracts-Entwurf überreicht Herr Oberbürgermeister Caspari dem Herrn Vorsitzenden mit dem Anheimgeben, denselben durch eine Commission prüfen zu lassen und nach Feststellung desselben die Verhandlungen mit der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft fortzuführen.

Herr Meyer spricht sich gleichwohl für den Antrag der Commission aus und nimmt Bezug darauf, daß derselbe mit den zweimaligen früheren Beschlüssen der Versammlung übereinstimme: Wenn der Preis des Patentgases von $4\frac{1}{2}$ P für 1000 Cbß. immerfort für zu hoch gehalten sei, so habe diese Ansicht ihre volle Berechtigung, da insbesondere in Bremen, wo dasselbe Patentgas, wie früher hier, fabricirt werde, niedrigere Preiskurse ausgeworfen seien, welche auch hier bei der Berechnung des Gases im Gasometer von der Commission zum Grunde gelegt worden. Daraus habe es offenbar werden müssen, daß die Gesellschaft mit dem ursprünglichen Preise für das Patentgas, dessen Vorzüge vor jeder andern Gasart von derselben in mehrern — von dem Herrn Redner im Auszuge mitgetheilten — schriftlichen Ausführungen besonders gerühmt worden, um ein Bedeutendes habe herunter gehen können. Aber bei der gepriesenen Vorzüglichkeit des Patentgases nehme es Wunder, daß jetzt ein Steinkohlengas fabricirt werde, und wenn solches auch eine große Leuchtkraft besitze, so sei es doch eine noch nicht dagewesene Zumuthung, ein Steinkohlengas zu $4\frac{1}{2}$ P für 1000 Cbß. annehmen zu sollen. Der Preis des Gases, welches hier auf dem Bahnhofe gebrannt werde, sei anfänglich von dem Director Kornhardt zu Stettin auf 29 Groschen — bei Mitverwendung der sog. Candle-Kohle nur um 3 Groschen höher — im Gasometer berechnet, später habe sich der Preis nur auf 25 Groschen für 1000 Cbß. herausgestellt. Aus einer Vergleichung der Preisberechnungen

in andern Gasfabriken werde sich ergeben, daß ein Preis von 3 ₰ für 1000 Cbfs. Steinkohlen-Gases schon ein sehr hoher genannt werden dürfe. Um so unverhältnißmäßiger sei aber der von der hiesigen Gesellschaft geforderte Preis, mit welchem dieselbe sich nicht bloß ihre theure Fabrikation, sondern auch andere in der ganzen Anlage beruhende Uebelstände bezahlen lassen wolle, während sie auf der andern Seite durch das ihr zugestandene Privilegium so sehr begünstigt sei. Bei der Verweigerung einer weiteren Preisermäßigung sei es motivirt, die Verhandlungen mit der Gesellschaft abubrechen, und solches auch in der Beziehung nicht gewagt, daß etwa bei einer neuen Unternehmung in den Gasanlagen der Privatconsumenten Aenderungen vorgenommen werden müßten, weil letztere sich auf Aufsteckung anderer Brenner beschränken würden.

Herr Uhde macht auf den Unterschied zwischen der Boghead-Kohle und der erwähnten Candle-Kohle aufmerksam, wie denn auch erstere fast noch einmal so hoch im Preise stehe als die letztere.

Herr Helfft: Als Freund der Opposition und Concurrenz habe er die erstere in der obschwebenden Gasangelegenheit willkommen geheißen, insofern sie Veranlassung geworden, daß die Gaspreise nach und nach bis auf 5 und $4\frac{1}{2}$ ₰ ermäßigt sein. Ein Mehres könne mit Billigkeit zur Zeit nicht gefordert werden, wenn außerdem berücksichtigt werde, unter welchen Verhältnissen die hiesige Gasfabrik in's Leben getreten sei, daß insbesondere die Gesellschaft die öffentliche Beleuchtung über ein größeres Gebiet ausgedehnt habe, als welches in dem Contracte bestimmt sei, ohne dazu verpflichtet gewesen zu sein oder dafür eine Erhöhung der für die Beleuchtung contractlich zugesicherten Jahressumme in Anspruch genommen zu haben, — auch erwogen werde, daß für neue Einrichtungen und Anlagen, als Röhren, Defen, Gasometer noch an 60,000 ₰ aufzuwenden seien. Es dürfte doch immerhin für die Gesellschaft schwierig werden, eine angemessene Rente zu erzielen, und es sei bei der etwaigen Durchführung des bestehenden Contracts der Gesellschaft wenigstens die Befugniß nicht abzuspochen, den Gaspreis wiederum auf $8\frac{1}{2}$ ₰ für 1000 Cbfs. zu erhöhen.

Herr Rothdurf: Eine solche Erhöhung des Gaspreises sei nicht anzurathen, weil in diesem Falle eine große Zahl von Privatconsumenten sofort aufhören würde Gas zu gebrauchen. Der Preis auf welchen das Gas auf dem Bahnhofe zu stehen komme, sei einigermaßen maßgebend, lasse jedenfalls einen Preis von $4\frac{1}{2}$ ₰ für 1000 Cbfs. übermäßig hoch erscheinen, und sei es doch nicht billig von Seiten der Gesellschaft, auf eine Rente zu halten, welche dem Vernehmen nach bisher auf 20 Procent sich belaufen habe.

Herr Kahlert: Die Gesellschaft würde sich besser gestanden haben, wenn sie von vornherein den vollkommen ausreichenden Preis von 4 ₰ für 1000 Cbfs. Patentgases gefordert hätte, da sie alsdann einen größern Zuspruch von Consumenten erhalten haben würde. Mit dem umgekehrten Verfahren, sich zunächst einen bedeutenden Gewinn zu verschaffen und alsdann erst mit dem Preise herunter gehen zu wollen, könne sich die Commission nicht einverstanden erklären. Die angebotene Preisermäßigung auf $4\frac{1}{2}$ ₰ sei kaum ein Zugeständniß, da daß jetzige unter Mitverwendung der Boghead-Kohle hergestellte Gas zu 3 ₰ für 1000 Cbfs. recht gut zu liefern sei.

Herr Stadtrath Rittmeyer: Nach allen Seiten hin sei es wünschenswerth, die obwaltenden Differenzen endlich zur Erledigung zu bringen, und dazu habe jetzt die Gesellschaft durch die Ermäßigung des Preises auf $4\frac{1}{2}$ ₰ die Hand geboten. Die-

fer Preis sei nicht zu hoch, da nach einer gutachtlichen Aeußerung des Directors Karmarsch an der polytechnischen Schule in Hannover das hiesige Gas eine dreimal stärkere Leuchtkraft besitze, als das Gas in der Stadt Hannover, und daher auch den entsprechend höhern Preis bis zu 5 fl habe. Die Verzinsung des Anlage-Capitals, die Delbeleuchtung auf den Promenaden im Ausgabebetrage von über 500 fl , der Lohn der Laternenwärter zu 16 — 1700 fl jährlich u. ließen einen Reinertrag übrig, welcher den jetzigen Consum der Privaten zu 5 Mill. Cbß. und die 1000 Cbß. zu $4\frac{1}{2}$ fl gerechnet, eine Rente von nur etwa 5 Procent abwerfen würde. Die Gasbeleuchtung auf dem hiesigen Bahnhofe gebe keinen Maßstab für eine Preisberechnung, wenn nicht die Capitalzinsen, die Löhne der Arbeiter, welche für die Gasfabrik ausschließlich engagirt und unentbehrlich seien, und andere Ausgaben mit in Rechnung gebracht würden. In Ansehung der Materialien-Verwendung zur Gasfabrikation habe die Gesellschaft zwar einen Formfehler begangen, der aber dadurch an Bedeutung verliere, daß die Aenderung in der Fabrication mit Wissen und ohne Widerspruch der städtischen Behörden vorgenommen und beibehalten sei, und für die Zukunft lasse sich durch entsprechende Contracts-Bestimmungen eine genügende Controle für Lieferung eines guten, reinen, leuchtenden Gases einführen.

Der Herr Vorsitzende: Durch die städtischen Rechnungen, sowie durch die Rechnungen der Gesellschaft werde nachgewiesen, daß die jährliche Rente im Durchschnitte nicht höher als auf $6\frac{2}{3}$ Procent sich belaufen habe, und dieser Betrag erscheine um so geringer, als die Gesellschaft laut Contracts die ganze Fabrikanlage der hiesigen Stadt nach Verlaufe von 25 Jahren gegen Taxe zu überlassen oder nach fernern 15 Jahren nur die Befugniß habe, die Röhrenleitungen aus dem Boden zu nehmen, so daß sie außer der Verzinsung des Anlage-Capitals auch auf den allmäligen Abbau desselben bedacht sein müsse. Ueber die Gasbeleuchtung auf dem Bahnhofe seien officiële Rechnungen ihm nicht zur Einsicht gekommen; in Bremen, wo die 1000 Cbß. 4 fl in Golde, folglich etwa 4 fl 10 — 12 Groschen in Courant kosteten, seien die Verhältnisse viel günstiger, indem auf einem etwa gleich großen Terrain 30 Millionen Cubikfuß verbraucht würden, während hier noch nicht einmal ein Drittheil dieser Menge consumirt werde und außerdem die öffentliche Beleuchtung zu einem kaum die Productionskosten deckenden Preise verdingen sei. Die Annahme des Antrags der Commissions-Mehrheit, insofern solche zu einer Aufhebung des in wichtigen Punkten unausführbaren Contracts zur Folge hätte, könne die Gasgesellschaft ruhig erwarten, die Stadt und die Gasconsumenten aber würden dadurch nicht gewinnen, vielmehr in eine abhängige Stellung gerathen.

Herr Häusler: Sollte die Gesellschaft zur strengen Erfüllung des bestehenden Contracts angehalten werden und es möglich machen, ein Gas zu liefern, welches bei einem Verbrauche von 1 Cbß. in der Stunde eine Lichtstärke von 5 Wachskerzen gäbe, so könne sie dadurch sich veranlaßt fühlen, von ihrer Befugniß, den Preis auf $8\frac{1}{3}$ fl zu erhöhen, Gebrauch zu machen. Könnte die Gesellschaft jene Lichtstärke nicht produciren, so würden diejenigen Consumenten, welche sich der Brenner für einen so geringen Gasverbrauch bedienten, deren Zahl jedoch sehr gering sein möchte, vielleicht einen Entschädigungs-Anspruch erheben, aber kaum mit Erfolg durchführen. In dem einen, wie in dem andern Falle würde dem Publicum, welches gewissermaßen gezwungen sei, eine Gasbeleuchtung beizubehalten, mit dem Bestehenlassen des jetzigen Contracts wenig gebient sein und unter solchen Umständen sei es, zumal un-

ter anständigen Leuten, angemessener, durch eine anderweite entsprechende Vereinbarung sich mit einander abzufinden.

Nach dem Schlusse der Debatte erklärt der Herr Vorsitzende, daß er den von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari überreichten Contracts-Entwurf einer Commission zur Vorprüfung überweisen, daß er aber zuvor die Frage zur Abstimmung vorstellen werde:

»ob der in dem Entwurfe zur Zeit festgehaltene Gaspreis von $4\frac{1}{2}$ ₧ für 1000 Cbss. zum Grunde gelegt werden solle«
da ohne eine solche Grundlage die Thätigkeit der Commission fruchtlos sein würde.

Die Abstimmung selbst erfolgt auf die Weise, daß der Aufforderung des Herrn Vorsitzenden gemäß diejenigen Mitglieder der Versammlung, welche für die Bejahung obiger Frage stimmen, von ihren Plätzen sich erheben, und hat zum Resultate:

»daß mit 14 unter 24 Stimmen die obige Frage bejaht wird.«

Hierauf wird von dem Herrn Vorsitzenden in Vorschlag gebracht, daß die Vorprüfung des Contracts-Entwurfs der Statuten-Commission übertragen werde, was auch Herr Häusler für um so angemessener hält, weil von den Mitgliedern der Commission, welche bisher die Gasangelegenheit behandelt habe, drei, nämlich die Herren Meyer, Kronheim und Uhde, zugleich Mitglieder der Statuten-Commission seien, während Herr Meyer sich dagegen erklärt, weil von den Mitgliedern jener Commission Herr Kronheim und er selbst es vorziehen würden, von den weiteren Verhandlungen über dieselbe Angelegenheit sich fern zu halten, und deshalb die Wahl einer neuen besondern Commission empfiehlt.

Die Versammlung beschließt mit 13 unter 24 Stimmen die Ueberweisung des Contracts-Entwurfs an die Statuten-Commission.

II. Der Herr Vorsitzende erklärt die öffentliche Sitzung für geschlossen und geht die Versammlung rücksichtlich der weiteren Gegenstände zu vertraulichen Berathungen über.

(Beilage zum 281. Stücke der Braunschw. Anzeigen.)

Nr. 11.

(Fortsetzung der Beilage zu Nr. 277 des 1859 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

1859.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 3. November 1859.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Bartels, Degener, Grotian, Niemeyer und Uhde wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Das Protocoll der letzten Sitzung vom 27. v. Mts. wird von der Versammlung mit einigen von den Herren Meyer, Helfft und Oberbürgermeister Caspari beantragten und sofort vorgenommenen Veränderungen genehmigt.

I. Mit einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 11. v. Mts. ist ein Statut-Entwurf vorgelegt, welcher eine Abänderung der §§. 29, 45, 46 und 47 des Statuts, die Organisation und Verwaltung der Armen-Anstalt in hiesiger Stadt betreffend, enthält und an Stelle derselben neue den jetzigen Zeitverhältnissen entsprechende Bestimmungen setzen soll.

Nach dem Vortrage des Herrn Vorsitzenden Namens der Statuten-Commission sind die proponirten Aenderungen auch von der Commission zutreffend und angemessen befunden und haben dieselben unter Zustimmung des Herrn Vorsitzenden des Stadt-Magistrats, welcher an den Commissions-Verhandlungen Theil genommen hat, nur in der Redaction einige kleine Modificationen erfahren.

Die statutarisch festzustellende Abänderung bezieht sich auf folgende besondere Bestimmungen:

1). Während im §. 29 für die Remunerationen der Aerzte und Wundärzte, welche für die Behandlung armer Kranker überhaupt und insbesondere auch der im

Armen- und Pflegehause befindlichen Personen angenommen werden, feste Geldsätze ausgeworfen sind, enthält der abänderliche Statut-Entwurf die Bestimmung, daß die Remunerationen unter Zustimmung des Stadt-Magistrats von der Armen-Direction festgesetzt und durch Aufnahme derselben in die jährlichen Etats der Genehmigung auch der Stadt-Verordneten-Versammlung unterstellt werden sollen.

2) In den §§. 45 und 46 sind in ähnlicher Weise für den Miethbedarf, sowie für die Beföstigung und Familien-Bedürfnisse der zu unterstützenden Armen feste Geldsätze zum Grunde gelegt; dagegen soll in dem neuen Entwurfe statutarisch bestimmt werden, daß die vorbezeichneten Unterstützungs-Beträge nach den obwaltenden Verhältnissen durch eine Verständigung der Armen-Direction mit dem Stadt-Magistrate festzustellen und von den solchergestalt festgestellten Beträgen oder den eintretenden Aenderungen die Unterstützungs-Deputation und die Armenpfleger in Kenntniß zu setzen seien, für den Fall aber, daß jene Verständigung nicht zu erreichen gewesen sein würde, der Stadt-Magistrat den endgiltigen Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung einzuholen habe.

3) Endlich ist in dem §. 47 vorgeschrieben, welche festen Geldsätze für Kinder, die, für das Pflegehaus bestimmt, ausnahmsweise bei Privatpersonen untergebracht werden, zu zahlen seien und daß in solchem Falle die Mutter eines Kindes die Hälfte jener Geldsätze beizusteuern habe; diese Vorschrift soll nach dem neuen Statut-Entwurfe dahin geändert werden, daß die Unterstützungs-Deputation den Betrag der aus der Armen-Casse zu zahlenden Vergütung zu bestimmen habe, wobei darauf Rücksicht zu nehmen sei, daß eine Mutter einen Theil der Alimentengelder selbst tragen müsse.

Diese Abänderungen des geltenden Statuts sind dadurch motivirt, daß so wenig die Remunerationen für die Aerzte und Wundärzte, als die für Arme aus der Armen-Casse zu zahlenden Unterstützungen in einem auf dauernden Bestand berechneten Statute an feststehende Geldbeträge gebunden werden könnten, um eine die Anforderungen und Bedürfnisse der Zeit oder die Umstände im einzelnen Falle berücksichtigende anderweite, höhere oder geringere Normirung möglich zu machen.

Eine Einwendung der Herren Fabricius und Nieß, welche bezüglich des zweiten Punktes, den Miethbedarf, sowie die Beföstigung und die Familienbedürfnisse betreffend, die Beibehaltung statutarisch bestimmter Geldsätze vorziehen möchten, damit der Unterstützungs-Betrag nicht in das unabhängige Ermessen der einzelnen Armenpfleger verstellt bleibe, wird von dem Herrn Oberbürgermeister Caspary und dem Herrn Vorsitzenden durch eine Hinweisung auf die Vorschrift des Statut-Entwurfs erläutert und berichtigt, daß von den durch die Armen-Direction und den Stadt-Magistrat, eintretendenfalls durch die Stadtverordneten-Versammlung festgestellten Beträgen die Unterstützungs-Deputation und die Armenpfleger zur Nachachtung in Kenntniß gesetzt werden sollten.

Der von dem Herrn Vorsitzenden verlesene Statut-Entwurf wird seinem ganzen Inhalte nach von der Versammlung genehmigt.

II. In einem von Herrn Graß, Namens der Schul-Commission, verlesenen Schreiben vom 17. September d. J. spricht sich der Stadt-Magistrat über die Einrichtung einer Präparanden-Anstalt in hiesiger Stadt aus, welche den Zweck haben

soll, junge Leute für ihre weitere Ausbildung zum Gemeinde-Schul-Dienste vorzubereiten.

Neben dem hiesigen Waisenhaus-Seminare, der höchsten Bildungs-Anstalt für Gemeinde-Schullehrer, besteht hier noch ein Vorseminar und zur Aufnahme in dieses sollen die jungen Leute in der zu errichtenden Präparanden-Anstalt vorbereitet werden. Der Eintritt in letztere ist von dem zweijährigen Besuche der ersten Classe der hiesigen Bürgerschulen und von einem fernern ein- bis zweijährigen Cursus abhängig gemacht, während dessen auf die Befestigung und entsprechende Erweiterung der erworbenen Schulkenntnisse durch eine Nachhilfe in einzelnen Unterrichts-Zweigen Bedacht genommen werden soll. Diese Nachhilfe wird durch Einige von den hiesigen Lehrern geleistet werden, welche ihre desfallsige Mitwirkung schon zugesagt haben, und werden in der Zwischenzeit die Zöglinge für die Präparanden-Anstalt unter die specielle Aufsicht des Seminar-Directors gestellt. Nothwendig ist diese Form der Heranbildung demnächstiger Gemeinde-Schullehrer erschienen, weil der Mangel an Lehrkräften überhaupt, insbesondere aber an gehörig ausgebildeten Lehrkräften immer fühlbarer geworden ist. Um aber auf diesem Wege Lehrer für den Gemeinde-Schuldienst heranziehen zu können, ist ein Kostenaufwand unvermeidlich, welcher vorerst auf einen Jahresbetrag von 200 fl veranschlagt worden.

In Uebereinstimmung mit dem Schulvorstande giebt der Stadt-Magistrat der Versammlung anheim:

»zu genehmigen, daß hier bis auf Weiteres eine Präparanden-Anstalt auf Kosten der Stadt eingerichtet und für das nächste Jahr zur Bestreitung der entstehenden Ausgaben die Summe von 200 fl in den Etat aufgenommen werde.«

Die Schul-Commission erklärt sich mit dieser Proposition einverstanden. Eine Anfrage des Herrn Häusler, ob die Präparanden-Anstalt ausschließlich für die hiesige Stadt bestimmt sei, so daß in den Präparanden eben nur Lehrer für den hiesigen Gemeinde-Schul-Dienst gewonnen werden würden und dieselben nicht etwa zu einer Landschullehrer-Stelle abberufen werden könnten, veranlaßt mehrseitige Erörterungen. Nach Ansicht des Herrn Steinmeyer würde selbst auf solche Gefahr hin die Einrichtung der Präparanden-Anstalt nicht aufgegeben werden dürfen, um wenigstens die Gelegenheit zu einer bessern Ausbildung im Schulfache zu bieten und dadurch zugleich Lust und Liebe für diese Laufbahn zu erwecken. Der spätere Uebergang auf andere Schulstellen außerhalb der hiesigen Stadt oder selbst des Landes oder überhaupt in andere Lebensverhältnisse lasse sich, wie auch Herr Aronheim andeutet, nicht wohl hindern und es müsse erwartet werden, welche Resultate die Anstalt im Laufe der Zeit liefern werde. Während augenblicklich ein Mangel an Lehrern sich fühlbar gemacht habe, sei doch noch vor einigen Jahren ein Ueberfluß an Lehrern vorhanden gewesen und nach Befriedigung des hiesigen Bedürfnisses könne es nur wünschenswerth sein, wenn die zu Lehrern herangebildeten Personen ein anderweites Unterkommen fänden. Für den Fall, daß die Präparanden-Anstalt dem zunächst bestimmten Zwecke, dem hiesigen Gemeinde-Schuldienste Lehrer zu gewinnen, nicht entsprechen sollte, bringe Herr Oberbürgermeister Caspari in Vorschlag, die angehenden Präparanden durch einen Revers zu binden und zur Erstattung eines angemessenen Theils der auf ihre Ausbildung verwandten öffentlichen Kosten zu verpflichten. Mit der eventuellen Anwendung dieses Auskunftsmittels stimmen auch die Herren Stein-

4
meyer und Nies überein, während Herr Flagge sich von demselben keinen wirklichen Erfolg verspricht.

Aus Veranlassung der Debatte beantragt Herr Häusler:

»bei Annahme der vorliegenden Proposition den Stadt-Magistrat zu ersuchen, das Augenmerk auf Mittel und Wege gerichtet zu halten, welche eintretendenfalls geboten erscheinen möchten, um die Präparanden dem hiesigen Gemeindegelddienste als Lehrer thunlichst zu erhalten.«

Von der Versammlung wird die Proposition des Stadt-Magistrats mit dem Zusatz-Antrage des Herrn Häusler angenommen.

III. Herr Aronheim erstattet Namens der in der Sitzung am 10. September 1857 gewählten Commission der Versammlung Bericht über eine Mittheilung des Stadt-Magistrats vom 27. September d. J., die Einrichtung einer städtischen Wasserleitung betreffend:

In Berücksichtigung des allseitig geäußerten Verlangens nach einer städtischen Wasserleitung ist nach mehrfachen Berathungen unter Zuziehung des Bauraths Voigt, des Kreisbaumeisters Götter, des Stadtbaumeisters Tappe und des Ingenieurs Claus ein Plan ausgearbeitet und dahin festgestellt, daß westlich von der Wolfenbüttler-Straße, unweit des von derselben ab nach Eisenbüttel führenden Weges, eine Wasserkunst erbaut werden soll, welche das Wasser durch Dampfkraft in ein auf dem Zuckerberge vorzurichtendes Reservoir hebt, von wo ab dasselbe vermittelst eiserner Röhren in die Stadt geführt und durch alle Straßen vertheilt wird. In letztern steigt das Wasser durch das natürliche Gefälle an den höchstengelegenen Punkten so hoch, daß es in die Spritzen geleitet werden kann; außerdem wird durch Anlage eines Druckthurms die Leitung des Wassers sogar in die oberen Stockwerke der Häuser ermöglicht. Die Wassermenge, welche der Stadt täglich soll zugeführt werden können, ist auf 216,000 Eßß., mithin auf etwa 5 Eßß. für den Kopf berechnet und ist darauf Bedacht genommen, daß bei einem Feuer sofort 8 Spritzen an jeder Stelle der Stadt zu speisen sind.

Der von dem Ingenieur Claus ausgearbeitete Plan, durch Zeichnungen erläutert und mit einem Kostenanschlage belegt, ist von den Sachverständigen und von der Commission gutgeheißen und dem Herzogl. Staats-Ministerium zur Genehmigung eingesandt; die möglichst baldige Entscheidung über denselben wird wegen der derzeitigen niedrigen Eisenpreise für wünschenswerth gehalten und die ebenso beschleunigte Ausführung der Wasserleitung überhaupt im Interesse der hiesigen Stadt für dringend nothwendig erachtet.

Die Anlage-Kosten, zu 178,600 fl veranschlagt, sind in runder Summe auf 200,000 fl angenommen, wovon die Stadt 139,000 fl zu übernehmen haben würde, während der Rest nach dem Vertrage zwischen der Herzoglichen Landes-Regierung und der hiesigen Stadt in dem Verhältnisse von 305 fl auf 1000 fl aus der Staats-Casse erfolgen wird, nach demselben Verhältnisse vertheilen sich auch die Betriebs- und Unterhaltungskosten. Zur Anschaffung jener 139,000 fl bleibt der Stadt kein anderes Mittel als eine Anleihe übrig; jenachdem letztere zu 4% oder 4½% vermittelt und dabei auf 1% zur Amortisation gerechnet wird, beläuft sich, einschließ- lich der von der Stadt mit etwa 2000 fl zu befreitenden Betriebs- und Unter-

haltungskosten, die ganze jährliche Ausgabe-Summe für die Stadt auf 8950 fl resp. 9645 fl .

Die regelmäßigen städtischen Einnahmen stellen zwar einen Ueberschuß von etwa 6000 fl jährlich in Aussicht; da aber für außergewöhnliche nothwendige Ausgaben Capitalien zur Verfügung gestellt bleiben müssen, so ist angenommen, daß höchstens die Hälfte jenes Ueberschusses auf die Wasserleitungs-Kosten verwendet werden könnten.

Von den noch übrig bleibenden 6645 fl soll eine Theil vorweg auf die Hausbesitzer gelegt werden, weil diese behuf Sicherstellung ihrer Gebäude gegen Feuergefahr, sowie rücksichtlich der ihnen obliegenden Straßen-Reinigung vorzugsweise bei Unterhaltung einer Wasserleitung interessirt sind. Der desfallsige Beitrag ist auf ein Drittheil der Abgabe bestimmt, welche als Service erhoben wird, und würde sich im Ganzen auf etwa 2900 fl belaufen.

Der Rest endlich im Betrage von 3745 fl soll nach den Grundsätzen der Communalsteuer vom Einkommen von allen Steuerpflichtigen in der Weise erhoben werden, daß über die Ausgabe und Einnahme für die Wasserleitung eine besondere Rechnung zugelegt und nach Ablaufe jeden Jahres, während dessen die Ausgaben aus der Stadt-Casse vorgeschossen werden, nur soviel ausgeschrieben wird, als zur Deckung der Ausgaben erforderlich ist.

Bei Empfehlung der Proposition des Stadt-Magistrats:

»daß zur Bestreitung der Kosten der Einrichtung einer städtischen Wasserleitung ein Capital von 139,000 fl unter möglichst vortheilhaften Bedingungen mit der Verpflichtung der Amortisation von 1 % jährlich gegen die Ausgabe von städtischen Obligationen angeliehen und die zur Deckung der Zinsen und der Amortisation, sowie der Betriebs- und Unterhaltungskosten erforderlichen Gelder auf die vorgeschlagene Weise aufgebracht werden,«

setzt die Commission voraus, daß die Einrichtung einer städtischen Wasserleitung längst entschieden sei, nimmt dieselbe auch an, daß die 139,000 fl auf den Credit der Stadt anzuschaffen sein werden, läßt aber für jetzt dahin gestellt sein, unter welchen Bedingungen die Anleihe abzuschließen sei.

Zur Zeit handelt es sich nach Ansicht der Commission vorzugsweise noch darum, ob und auf welche Weise die erforderlichen Ausgaben an Zinsen, Amortisation, Betriebs- und Unterhaltungskosten zu decken sein werden; in dieser Beziehung seien die Vorschläge des Stadt-Magistrats im Allgemeinen annehmbar, nur sei es in Rücksicht auf außergewöhnliche nothwendige Ausgaben für bedenklich gehalten, auch nur die Hälfte des jährlichen Ueberschusses der Stadt-Casse unbedingt für die Wasserleitung festzulegen, vielmehr sei es zweckmäßiger und gerathener erschienen, den Betrag der desfallsigen Verwendung nach den jeweiligen Umständen zu bestimmen. Als feststehende Zuschüsse zu jenen Gesamt-Ausgaben würden daher zunächst die Beiträge der Hausbesitzer zu betrachten sein. Eine besondere Belastung gerade dieser Personen finde ihre Rechtfertigung darin, daß das Interesse der Hausbesitzer wesentlich durch die Wasserleitung berührt werde; durch letztere werde eine Feuergefahr vermindert, einer größern Beschädigung durch Feuer, die selbst durch geschene Versicherung nicht genügend gut gemacht werde, vorgebeugt und in Folge davon der Grundwerth gehoben. Das Maß der Beiträge, auf ein Drittheil des Services beschränkt, sei in der

That nicht übermäßig hoch zu nennen und würden dieselben im Gesamtbetrage noch nicht einmal 3000 R erreichen. Die Aufbringung der ferneren 6000 bis 7000 R werde nicht anders als durch Auslage einer Steuer bewirkt werden können, welche für diesen Zweck nach den Grundsätzen der Communal-Steuer vom Einkommen besonders zu erheben und in Rechnung zu stellen sei. Bei Verwendung eines Theils der Ueberschüsse der Stadt-Casse würden sich diese Beiträge ebenfalls nicht zu hoch herausstellen und mit der Zeit in dem Maße verringern, in welchem die Amortisation des Anlage-Capitals wirksam wird und die Zahl derjenigen Personen, welche für ihren Wasserbedarf Zahlung leisten, zunimmt.

Die Commission giebt demnach anheim:

»zu genehmigen,

- 1) daß zur Einrichtung einer städtischen Wasserleitung eine Anleihe von 139,000 R auf den Credit der hiesigen Stadt aufgenommen und die Finanz-Commission beauftragt werde, unter Zuziehung des Vorsitzenden des Stadt-Magistrats die Bedingungen vorzubereiten, unter welchen solche Anleihe abzuschließen sein werde;
- 2) daß zur Bestreitung der Ausgaben an Zinsen, Amortisation, Betriebs- und Unterhaltungs-Kosten von den Hausbesitzern bis auf Weiteres ein Drittheil der Service-Abgabe erhoben werde;
- 3) daß auf den Rest der ebengedachten Ausgaben, soweit thunlich, die Ueberschüsse der Stadt-Casse verwendet, im Uebrigen aber besondere Beiträge nach den Grundsätzen der Communal-Steuer vom Einkommen ausgeschrieben werden, und
- 4) daß über die jährlichen Ausgaben und Einnahmen für die Wasserleitung eine gesonderte Rechnung geführt werde.

Der Herr Vorsitzende erklärt die Debatte für eröffnet.

Herr Fabricius hält es nicht für billig, daß die Hausbesitzer vorweg für Unterhaltung der Wasserleitung in Anspruch genommen werden sollten, da die Wohlthat derselben allen Bewohnern der Stadt, auch den Inquilinen zu Gute kommen werde, indem letztere einer geringern Gefahr für ihre Effecten ausgesetzt sein und voraussichtlich niedrigere Prämien bei Versicherungen zu zahlen haben würden, weshalb es angemessener erscheinen möchte, die Gesamt-Ausgaben für die Wasserleitung lediglich durch eine Communal-Steuer vom Einkommen aufzubringen.

Damit stimmt im Wesentlichen auch Herr Lissebon überein, da zwar durch eine Wasserleitung eine größere Feuersgefahr abgewandt werden könne, der einzelne von einem Brande betroffene Hausbesitzer aber nicht bloß durch das Feuer selbst, sondern auch durch das zum Löschen verwendete Wasser arg an seinem Grundstücke beschädigt zu werden pflege. Zudem seien die hiesigen Hausbesitzer bei Versicherungen ihrer Gebäude auf die Landes-Brand-Versicherungs-Anstalt angewiesen, an welche sie wegen der mehrfach auf dem Lande vorkommenden Brände höhere Prämien zu zahlen hätten, als bei auswärtigen Versicherungsgesellschaften, ohne daß ihnen eine größere Sicherheit geboten wäre. Endlich möchten auch die Beiträge der Hausbesitzer mit einem Drittheile des Services zu hoch gegriffen sein.

Herr Oberbürgermeister Caspari macht gegen diese Einwendungen geltend, daß die Wasserleitung zwar auch den Inquilinen in Betreff ihrer Mobilien-Effecten von Nutzen sein werde, daß in Ansehung dieser Effecten aber auch die Hausbesitzer die

gleichen Vortheile, den Schutz ihrer Gebäude jedoch noch im Voraus hätten. Die Beschädigung eines Gebäudes durch Feuer sei für die Eigenthümer um so erheblicher und nachhaltiger, als dieselben dadurch in ihrem Geschäftsbetriebe gestört würden und an dem Ertrage ihres Grundeigenthums durch Mieth- und Zinsen-Verluste manche Ausfälle erlitten. Bei Erwägung des besondern Schutzes, welcher den Hausbesitzern durch die Wasserleitung dargeboten würde, müsse nicht das vom Feuer ergriffene Gebäude einer bestimmten Person ins Auge gefaßt, sondern im Allgemeinen berücksichtigt werden, daß es auf die Abwendung einer Feuerz Gefahr ankomme, welche eine Verbreitung über mehre Häuser befürchten lasse und gegen welche jeder Einzelne geschützt werden solle. Ueber die Höhe der Beiträge der Hausbesitzer lasse sich allerdings streiten; indessen sei das in Vorschlag gebrachte Drittheil ziemlich unbedeutend, da die Service-Abgabe sich innerhalb der Sätze von 18 Groschen bis höchstens 20 Thaler bewege.

In gleichem Sinne sprechen sich auch noch die Herren Aronheim, Jüdel und Häusler aus; Herr Jüdel hebt hervor, daß für die Versicherungs-Summe Gebäude nicht neu gebaut, Mobilien-Effekten aber neu angeschafft werden könnten; Herr Häusler stellt in Zweifel, ob bei der beiderseitigen Versicherung in der Landes-Brand-Versicherungs-Anstalt die hiesige Stadt dem übrigen Lande gegenüber im Nachtheile stehen werde. In letzterer Hinsicht bemerkt noch der Herr Vorsitzende, daß die hier üblich gewordene Rückversicherung bei auswärtigen Versicherungs-Gesellschaften die Sicherheit der Schadloshaltung vermehre, die Prämien für die Rückversicherung aber nicht ausschließlich für Rechnung der hiesigen Stadt geleistet würden.

Nach dem Schlusse der Debatte werden die obigen vier Anträge der Commission von dem Herrn Vorsitzenden einzeln zur Abstimmung gebracht und von der Versammlung genehmigt.

Einem Vorschlage des Herrn Flagge, in Bezug auf die Wasserleitung eine Concurrenz von Unternehmern zuzulassen, wird von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari und Herrn Aronheim insoweit widersprochen, als eine solche Concurrenz in Ansehung der Aufstellung des Plans, und nicht blos in Betreff der Lieferung der Materialien, insbesondere der Maschinen, Röhren, und der Ausführung der Arbeiten gemeint sein sollte. Eine weitere Erörterung hat der Vorschlag nicht zur Folge.

IV. In vertraulicher Sitzung werden noch einige andere Gegenstände verhandelt, nach deren Erledigung die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen wird.

N. 12.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 281 d. 1859 des
Braunschweigischen Anzeigen.)

1859.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten - Versammlung zu Braunschweig

am 17. November 1859.

In der vorgängigen vereinigten Versammlung des Stadt-Magistrats und der Stadtverordneten wird unter dem Voritze des Herrn Overbürgermeisters Caspari die Wahl eines unbesoldeten Mitgliedes des Stadt-Magistrats an Stelle des verstorbenen Stadtraths Seele vorgenommen.

Die Wahl erfolgt nach Vorschrift des §. 70 der revidirten Städte-Ordnung vom 19. März 1850 und fällt mit 26 unter 29 Stimmen auf

den Tabacksfabricanten Hermann Bardenwerper, hieselbst.

Die besondere Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Meyer und Nothdurft wird von der Versammlung als entschuldiget angenommen; abwesend ist auch noch Herr Kahlert.

Das Protocoll der letzten Sitzung vom 3. d. Mts. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

I. Der Herr Vorsitzende verliest einen von Herrn Nieß schriftlich motivirten Antrag auf Abänderung des §. 26 der Straßen-Polizei-Ordnung vom 13. Februar 1857.

Der vorgedachte Paragraph enthält insbesondere die Vorschrift, daß neu anzulegende Fenster in den zu ebener Erde belegenen Stockwerken der Häuser nicht so eingerichtet werden sollen, daß dieselben nach außen aufschlagen, um nicht, wenn solche geöffnet wären, der Passage auf den öffentlichen Straßen und Wegen hinderlich zu

werden. Mit der Befolgung dieser Vorschrift sind nach Ansicht des Herrn Nieß manche nicht unbedeutend ins Gewicht fallende Unbequemlichkeiten und Unannehmlichkeiten für die Hausbesitzer verbunden, vor welchen die letzteren oft bewahrt bleiben könnten, ohne dem beabsichtigten Zwecke Eintrag zu thun. An solchen Stellen, an welchen der für die Fußgänger bestimmte und durch die Plattenwege bezeichnete Straßenraum so breit sei, daß zwischen den Häusern und den Plattenwegen noch eine Breite von $2\frac{1}{2}$ bis 3 Fuß übrig bleibe, würden die Fußgänger unbelästigt an den geöffneten Fenstern vorübergehen können und erscheine es nicht nothwendig, jene Vorschrift der Straßen-Polizei-Ordnung zur Anwendung zu bringen. Eine Belästigung würde aber auch schon alsdann nicht entstehen können, wenn die Fensterflügel zwar zum Ausnehmen eingerichtet, jedoch äußerlich nicht mit Hespen versehen, sondern im Innern mit Haken, Riegeln oder auf ähnliche Weise befestigt würden, ein Ausfunftsmittel, welches anzuwenden für die Hausbesitzer weniger beschwerlich wäre, als die Fenster zum Aufschlagen nach Innen einzurichten. Endlich werde von dem Verbote des Aufschlagens der Fenster nach Außen abzusehen sein, wenn zwischen dem geöffneten Fensterflügel und der Straßenfläche ein Höhenraum von 7 Fuß bleibe.

Der Antrag wird nach zustimmender Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters Caspari im Einverständnisse mit Herrn Nieß von dem Herrn Vorsitzenden der Statuten-Commission zur Vorberathung überwiesen.

II. In einem von dem Herrn Grotrian als Referenten der Finanz-Commission mitgetheilten Schreiben des Stadt-Magistrats vom 2. d. Mts. wird auf die Streitigkeiten hingewiesen, welche zwischen der Schafferei des hiesigen Schützenwesens und den sogenannten Sitzgenossenschaften rücksichtlich des Neubaus eines Schützengebäudes entstanden sind.

Die stattgehabten gerichtlichen und außergerichtlichen Verhandlungen haben jetzt in einem Vergleiche ihren Austrag gefunden, nach welchem die Sitzgenossenschaften gegen Erstattung der bisherigen Kosten im Belaufe von 25 bis 30 R mit einer Summe von 400 R von der Schafferei abgefunden sein wollen und sollen, mit dem Erfolge, daß die ersteren auf ihre etwaigen Ansprüche an die Versicherungsgelder für das abgebrannte Schützengebäude und auf Anweisung von Localitäten in dem neu zu erbauenden Schützenhause Verzicht leisten. Da die Schützen-Casse zur Zeit nicht in der Lage ist, jene Vergleichssumme zu zahlen, so wird von dem Stadt-Magistrate auf Ansuchen der Schafferei beantragt:

»die erforderlichen 430 R aus der Stadt-Casse bis dahin unverzinslich vorzuschießen, daß der Plan des Neubaus festgestellt sein werde.«

Die Finanz-Commission glaubt im Interesse des hiesigen Schützenwesens anheimgeben zu dürfen:

»die Proposition des Stadt-Magistrats zu genehmigen, jedoch den Termin der Rückzahlung des Darlehens auf einen Zeitraum von längstens zwei Jahren, von der Darlehnung angerechnet, zu beschränken.«

Von der Versammlung wird zu dem Antrage des Stadt-Magistrats mit der letzt-erwähnten Beschränkung die Zustimmung ertheilt.

III. Nach einem fernern Schreiben des Stadt-Magistrats vom 15. d. Mts., welches von Herrn Grotrian Namens der Finanz-Commission verlesen wird, hat der vormalige Porcellanhändler Steinhoff sein früheres Gesuch wiederholt, ihn mit 9000 R der von ihm um Ostern k. J. für die Häuser Nro. ass. 1916 und 1917a am Steinwege zu zahlenden Kaufgelder bis Michaelis 1861 zu befreien. Statt der für diesen Fall aufzuhebenden hypothecarischen Caution hat der Steinhoff jetzt der hiesigen Stadt außer einer Generalverpfändung seines Gesamtvermögens eine Specialhypothek angeboten, welche letztere auf seine Häuser am Steinwege und am Ritterbrunnen und auf sein Grundstück vor dem Wilhelmithore eingetragen werden soll. Obwohl diese Grundstücke nicht schuldenfrei sind, so hält doch der Stadt-Magistrat die in dieser Weise angebotene Sicherheit für genügend, zumal die Grundstücke einen entsprechenden Nutzungswerth haben, die Materialien der auf den Abbruch verkauften Häuser nach Angabe des Professors Ahlburg zum größern Theile bei dem Neubause zu verwenden sein werden und die Persönlichkeit des Steinhoff eine weitere Bürgschaft gewährt.

Dem Antrage des Stadt-Magistrats:
»dem Steinhoff unter den vorgedachten Bedingungen wegen der 9000 R rückständiger Kaufgelder einen Credit auf $1\frac{1}{2}$ Jahre bis Michaelis 1861 zu ertheilen,«
schließt sich die Finanz-Commission an und wird auch durch die Zustimmung der Versammlung entsprochen.

IV. Mit einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 27. Februar d. J. ist ein Statut-Entwurf über die Straßenpflasterungen in hiesiger Stadt mitgetheilt, welcher den Mitgliedern der Versammlung in gedruckten Exemplaren zugestellt und von der Statuten-Commission unter Theilnahme des Herrn Oberbürgermeisters Caspari an den desfalligen Verhandlungen einer Vorberathung unterzogen ist.

Herr Häusler, als Commissions-Referent deutet im Allgemeinen an, daß der Entwurf zumeist die bisher beobachteten Grundsätze und Bestimmungen über die Straßenpflasterungen aufrecht erhalte, in einigen wesentlichen Punkten allerdings von dem früheren Herkommen abweiche. So seien insbesondere die sämmtlichen Arbeiten an dem Straßenpflaster unter die Leitung und Aufsicht eines Herzoglichen Baubeamten gestellt, mit der Wirkung, daß sonst Niemand solche Arbeiten unmittelbar ausführen zu lassen befugt sei; dieser Grundsatz beziehe sich auch auf die Hausbesitzer, die seither in der Unterhaltung des Trottoirs nicht so ausschließlich auf den Herzoglichen Baubeamten angewiesen seien; nur auf diese Weise sei es für möglich gehalten, eine gleichmäßige, den allseitigen Anforderungen in technischer und anderer Beziehung entsprechende Straßenpflasterung herzustellen und zu unterhalten. Ferner sei in den Entwurf die Vorschrift aufgenommen, daß auch das Regenwasser durch Canäle oder Röhren, die unter der Oberfläche des Trottoirs angelegt werden sollten, aus den Fallröhren an den Häusern bis in die Straßengassen abzuführen sei. Endlich sei in dem Entwurfe die herkömmlich bestehende Verpflichtung der Hauseigenthümer zur Erstattung der Pflasterungskosten unter gewissen Bedingungen für eine ablösbare erklärt, so daß dieselben für alle Zeiten von irgend welchen Beiträgen zu Straßenpflasterungen aller Art befreit werden könnten.

1) Die Einleitung motivirt den Erlass eines neuen Statuts gegenüber den bisherigen Einrichtungen und Vorschriften.

2) Nach §. 1 (§. 1—3 des Entw.) erfolgt die Anordnung der Pflasterungen unter Mitwirkung des Stadt-Magistrats, der Herzogl. Polizei-Direction und der Herzoglichen Bau-Direction nach Maßgabe des neuesten Reglements vom 11. Februar d. J., die Ausführung derselben durch den damit beauftragten Baubeamten, so daß Niemand das Recht hat, diejenigen Arbeiten, deren Kosten er ganz oder zum Theil zu tragen verpflichtet ist, selbst vornehmen zu lassen.

Zum nähern Verständnisse dieser von ihm verlesenen Bestimmung führt der Herr Referent an: Der ausführende Herzogl. Baubeamte würde die sämtlichen Pflasterungen, namentlich auch die Reparaturen, welche auf Kosten von Privatpersonen vorgenommen werden müßten, durch die von ihm angenommenen Arbeiter besorgen lassen, so daß die in jener Beziehung verpflichteten Personen dem Baubeamten nur die Anzeige von einer vorzunehmenden Reparatur zu machen brauchten, ohne für die Beforgung dieser Arbeiten selbst weiter thätig zu werden. Auch die zur Pflasterung nöthigen Materialien, insbesondere die üblichen Steinplatten für das Trottoir habe der Baubeamte zu beschaffen und sei derselbe dafür auf das Herzogl. Baumagazin angewiesen, aus welchem, wie in einer späteren Bestimmung vorgeschrieben sei, die Steinplatten zu dem Kostenpreise abgelassen werden müßten, was für die Zahlungspflichtigen nur vortheilhaft erscheinen könne. Die von dem Baubeamten über alle Pflasterungen aufzustellenden Rechnungen würden von dem Stadt-Magistrate geprüft und, eintretendenfalls in letzter Instanz von dem Herzogl. Staats-Ministerium, festgestellt.

Die Herren Lissebon und Rischbieter ziehen in Zweifel, daß die Steinplatten aus dem Herzogl. Baumagazine wohlfeiler zu liefern sein werden, als dieselben von den Hausbesitzern bezogen werden könnten, während Herr Graß dem Stadt-Magistrate einen unmittelbaren und wirksameren Einfluß auf den Baubeamten zugeheilt zu sehen wünscht, so daß dadurch die Abhängigkeit desselben von der Herzogl. Bau-Direction in Ansehung der Pflasterungs-Arbeiten modificirt und mehr auf den Stadt-Magistrat übertragen würde.

Herr Oberbürgermeister Caspari hält es für durchaus vortheilhaft und günstig für die zahlungspflichtigen Privatpersonen, wenn ihnen die Ueberlassung der Steinplatten aus dem Herzogl. Baumagazine zu dem Kostenpreise zugestanden würde, da jedenfalls die Mehrzahl derselben, wie auch Herr Grottrian meint, gewiß nicht wohlfeiler zu dem Bezuge von Steinplatten gelangen könnten, und erblickt eine weitere Wahrung des Interesses jener Privatpersonen darin, daß die Specialrechnungen von dem Stadt-Magistrate geprüft werden. Die sonstige Stellung des letztern zu dem Herzogl. Baubeamten könne nicht wohl eine einflußreichere sein, da der Stadt-Magistrat die Ausführung der Pflasterungsarbeiten genügend zu beurtheilen nicht im Stande sei und dafür andere Sachverständige in Anspruch nehmen müsse. In dieser Beziehung sei der Stadt-Magistrat, selbst wenn für die hiesige Stadt ein besonderer städtischer Baubeamter angenommen werden sollte, umso mehr auf die technische Staatsbehörde angewiesen, als aus Staatsmitteln ein nicht unbedeutender Beitrag zu den Pflasterungskosten erfolge. Nicht anders sei auch bisher wenigstens bei Reparaturen des Straßenpflasters das Verfahren gewesen, während für die Neupflasterungen die

Mitwirkung nicht blos des Stadt-Magistrats, sondern auch der Stadtverordneten-Versammlung ausdrücklich vorbehalten sei.

Durch die Abstimmung wird der §. 1. des Statuts von der Versammlung genehmigt.

3) Der neue §. 2 des Statuts weist die sämtlichen Pflasterungskosten auf einen allgemeinen Pflasterungsfonds an, welcher durch die vertragsmäßigen Beiträge der Staats-Casse und der Stadt-Casse gebildet wird und auch zur vorschußweisen Berichtigung jener Kosten bestimmt ist.

4) Wegen der besondern Beitragspflicht des Staates ist im §. 3 (§. 5 des Entw.) auf den zwischen der Herzogl. Bau-Direction und dem Stadt-Magistrate unter dem 8. und 14. September v. J. abgeschlossenen Vertrag Bezug genommen.

5) Aus besondern Gründen zahlungspflichtig sind ferner nach §. 4 (§. 4 des Entw.) z. B. die sogenannten Piepenbrüderschaften, die Gasgesellschaft u. A., für welche die Pflasterungskosten aus der Stadt-Casse vorgeschossen werden; die Einziehung derselben erfolgt nöthigenfalls auf executivischem Wege.

6) Im §. 5 (§. 6 des Entw.) ist den Hauseigenthümern im Allgemeinen die Verpflichtung auferlegt, die Kosten der Anlegung und Unterhaltung der Trottoirs zu tragen, namentlich die Steinplatten, die rauhen Steine und die Arbeitslöhne zu bezahlen, bei Neupflasterungen auch die Arbeitslöhne für Pflasterung der Gassen und der Fahrbahn in einer Breite von 20 Fuß oder doch bis zur Mitte der Straße zu übernehmen.

7) In Ansehung des Trottoirs ist im §. 6 (§. 7, 8 des Entw.) bestimmt, daß die Hauseigenthümer nicht weiter verpflichtet sein sollen, als die Herstellung eines mit rauhen Steinen eingefassten Plattenweges kosten würde, wenn auch die Anlegung eines kostspieligern Trottoirs, z. B. von Asphalt, angeordnet und ausgeführt werden sollte; die vorhandenen unbrauchbaren Platten werden von dem Baubeamten gegen eine Tare angenommen und neue Platten zu dem Kostenpreise aus dem Herzogl. Baumagazine geliefert.

Diese von dem Herrn Referenten verlesenen Statut-Bestimmungen in den §§. 2—6 werden von der Versammlung ohne weitere Debatte genehmigt.

8) Für die Hausgassen ist in dem §. 7 (§. 11 des Entw.) die besondere Bestimmung getroffen, daß auch diese, soweit sie auf die Straße hinaustreten, nach Vorschrift des Baubeamten einzurichten seien; sie sollen im Trottoir mit Holz-, Stein- oder Eisenplatten geschlossen sein und bis zu den Straßengassen oder den verdeckten Straßen-Canälen fortgeführt werden; die Arbeiten läßt der Baubeamte ausführen, die Kosten haben die Hauseigenthümer zu tragen. Bei Neupflasterungen soll in der Regel auch das Regenwasser aus den Fallröhren unter der Oberfläche des Trottoirs in die Straßen-Gassen oder Canäle nach gleichen Grundsätzen abgeleitet werden. Vergehen gegen diese Bestimmungen sind mit einer Strafe von 5 bis 10 fl belegt.

Gegen die in diesem Paragraphen enthaltenen Vorschriften werden von dem Herrn Liffelbon einige Ausstellungen gemacht, insofern die solchergestalt hergestellten Hausgassen und Ableitungen des Regenwassers namentlich bei Frostwetter viele Unannehmlichkeiten mit sich bringen und bei außergewöhnlicher Breite des Trottoirraums vor den Häusern den Hauseigenthümern noch dazu unverhältnißmäßige Kosten verursachen würden.

Diese von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari und Herrn Aronheim zum Theil für begründet gehaltenen Ausstellungen geben dem Herrn Vorsitzenden Veranlassung, die anderweite Erwägung des §. 7 der Statuten-Commission vorzubehalten.

Die Sitzung wird hierauf unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

N. 13.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 297 de 1859 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

1859.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 1. December 1859.

In Abwesenheit des Herrn Vorsitzenden Desterreich wird die Sitzung von dessen Vertreter, Herrn Grottrian, eröffnet.

Das Protocoll der letzten Sitzung vom 17. v. Mts. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Die Abwesenheit der Herren Aronheim, Grund und Kahlert wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Nach einer Mittheilung des Stadt-Magistrats vom 18. v. Mts. kündigt der Herr Vorsitzende eine gemeinschaftliche Versammlung des Stadt-Magistrats und der Stadtverordneten an, in welcher mit Rücksicht auf die mit dem Schlusse dieses Jahres abgelaufene Amtsführung der Herren Stadträthe Bammel und Grote eine Wahl zweier unbefoldeter Mitglieder des Stadt-Magistrats vorzunehmen ist.

I. Auf Vorschlag des Herrn Graß erklärt sich die Versammlung mit der Vor-
nahme der Verhandlungen über die vorliegenden Gesuche verschiedener Personen um
Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt an erster Stelle der Tagesordnung
einstimmig einverstanden.

II. Ueber den in der letzten Sitzung der Statuten-Commission überwiesenen An-
trag des Herrn Nieß auf Abänderung des §. 26 der Straßen-Polizei-Ordnung vom
13. Februar 1857 erstattet Herr Häusler der Versammlung Bericht und theilt eine
den Antrag berücksichtigende neue Fassung des vorgedachten Paragraphen mit:

Der erste Absatz beschränkt die Vorschrift des §. 26 auf die Haus- und Garten-
thüren in unveränderter Weise.

Der zweite Absatz enthält besondere Bestimmungen wegen der Fenster; diese sollen bei einem Neubau oder bei einer Hauptreparatur von Häusern, welche an einer Straße oder an einem öffentlichen Plage in der Stadt belegen sind, nicht so eingerichtet werden, daß dieselben nach Außen aufschlagen, wenn die Breite des Fußweges zwischen der Gasse und den Häusern nicht mindestens 9 Fuß beträgt oder die Fenster nicht mindestens 8 Fuß über der Straße liegen; wünscht bei einer geringern Entfernung oder Höhe der Bauende von dieser Vorschrift abzuweichen, so soll davon der Herzoglichen Polizei-Direction Anzeige gemacht und sollen die Fenster alsdann so eingerichtet werden, daß dieselben, wenn sie nicht 8 Fuß über der Straße liegen, nicht nach Außen aufgeschlagen werden können; bereits vorhandene Fenster, welche nach Außen sich öffnen, können bis zu einem Neubau oder einer Hauptreparatur so bleiben, dürfen aber nicht offen stehen.

Im dritten Absätze ist die in dem §. 26 enthaltene Vorschrift wiederholt, daß Fensterläden, welche nicht mindestens 8 Fuß über der Straße befindlich sind, an den Häusern dicht anliegend befestigt werden sollen.

Endlich ist auch die Strafbestimmung von 1 § bis 5 § unverändert beibehalten.

Herr Nieß hält eine Breite des Fußweges zwischen den Häusern und der Gasse von 9 Fuß für größer, als nothwendig erscheinen möchte, da die aus den Steinplatten gebildeten Trottoirs eine Breite von 3 bis 4 Fuß hätten, die Fensterflügel aber höchstens $1\frac{1}{2}$ bis 2 Fuß breit wären, und deshalb das Aufschlagen der Fenster nach Außen da ohne Nachtheil für das Publicum zu gestatten sein werde, wo zwischen den Häusern und den Plattenwegen eine Breite von $2\frac{1}{2}$ Fuß liege. Auf die Einwendung des Herrn Oberbürgermeisters Caspari, daß diese Breite oft sich nicht bestimmen lasse, weil schon an mehreren Stellen in hiesiger Stadt der ganze Straßenraum unmittelbar vor den Häusern mit Steinplatten oder mit Asphalt belegt sei, richtet Herr Nieß seinen Antrag darauf:

»daß die von der Commission vorgeschlagene Breite des Fußweges vor den Häusern bis zu dem Gassenrande berechnet und von 9 Fuß auf 7 Fuß beschränkt werde.«

Herr Bartels stellt in Frage, ob der §. 26 auch auf Häuser mit massiven Mauern, bei welchen in neuerer Zeit die Fenster ebenfalls zum Aufschlagen nach Außen eingerichtet zu werden pflegten, sich beziehe? Nach Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters Caspari und des Herrn Nieß soll jene Vorschrift eine für alle Häuser geltende sein, da zwischen Fachwerkwänden und massiven Mauern hier nicht wohl ein Unterschied gemacht werden könne.

Gegen die Anzeige an Herzogliche Polizei-Direction, wenn eine Abweichung von der gegebenen Vorschrift beabsichtigt werde, erklären sich die Herren Helfft, Lisselbon, Fabricius und Graß, theils weil eine solche Anzeige überhaupt überflüssig sei, theils weil dieselbe das Publicum in unangenehme Berührung mit der Polizei bringen könne und gewiß angemessener bei dem Stadtbaumeister oder der städtischen Baudeputation angebracht sein würde. Von dem Herrn Häusler und dem Herrn Oberbürgermeister Caspari wird erläutert, daß die Anzeige den Zweck habe, der Herzoglichen Polizei-Direction die erforderliche Controle möglich zu machen, damit die Fenster jedenfalls nicht zum Aufschlagen nach Außen eingerichtet werden: jede andere Einrichtung bleibe den Bauenden überlassen; von einer Genehmigung der Herzoglichen Polizei-Direction sei nicht die Rede; die Ausführung der Controle aber stehe

zur Aufrechterhaltung der Straßen-Polizei-Ordnung nur der Herzoglichen Polizei-Direction zu.

In Bezug auf die Beschränkung des Höhenraums von 8 Fuß auf 7 Fuß zieht Herr Nieß seinen Antrag zurück.

Die Versammlung genehmigt die von der Statuten-Commission vorgeschlagene neue Fassung des §. 26 der Straßen-Polizei-Ordnung mit der zu dem zweiten Absätze von dem Herrn Nieß beantragten Modification in den Worten:

»wenn die Breite des Fußweges zwischen dem Gassenrande und den Häusern nicht mindestens 7 Fuß beträgt.«

III. In der Berathung des Statuts, die Straßenpflasterungen in hiesiger Stadt betreffend, wird unter der Berichtserstattung des Herrn Häusler Namens der Statuten-Commission fortgefahren.

Zunächst erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß die von der Commission vorgeschlagene Bestimmung des §. 2 über den allgemeinen Pflasterungs-Fonds weggelassen werde, da dieselbe für das Statut entbehrlich sei, auf der andern Seite aber leicht zu Mißdeutungen Veranlassung geben könnte.

Sodann wird die unter N^o 8. des letzten Protocolls begonnene Verhandlung wegen der Hausgassen wieder aufgenommen. In dem betreffenden §. 7, nach Weglassung des §. 2, jetzt §. 6, ist unter Anderm bestimmt worden, daß bei Neupflasterungen die Hauseigenthümer verpflichtet sein sollen, das aus den Fallröhren ausströmende Regenwasser durch die Hausgassen oder in besondern gleich den letztern einzurichtenden Rinnen abzuleiten. »Dispensationen von dieser Verpflichtung« — so lautet die jetzige veränderte Fassung — »in Fällen, in welchen sie nicht oder nur mit unverhältnißmäßigen Schwierigkeiten auszuführen ist, oder wo wegen der Entfernung der Häuser von dem Trottoir ohne Belästigung des Verkehrs davon Umgang genommen werden kann, ist das Stadtbauamt, nachdem darüber der leitende Baubeamte gehört ist, zu ertheilen befugt.«

Die Bedenken der Herren Duenstedt, Nieß, Lissebon und Fabricius, ob mit Rücksicht auf den Winter, bei Frostwetter, es gerathen sein möchte, die Fallröhren in die im Trottoir liegenden Rinnen hineinzuführen, und ob es nicht vielmehr vorzuziehen sein werde, zwischen den Fallröhren und der Straßenfläche wenigstens einen kleinen Zwischenraum zu lassen oder selbst offene sogenannte Stülps- oder Stichgassen einzurichten, werden von dem Herrn Overbürgermeister Caspari und dem Herrn Häusler im Allgemeinen anerkannt; es wird dabei aber von den Letztern auf die Statut-Bestimmung verwiesen, welche je nach den von dem Stadtbauamte zu ermessenden Umständen die Ertheilung einer Dispensation von der statutarischen Vorschrift gestatte.

Der §. 6 wird in der von der Commission vorgeschlagenen Fassung in seinen einzelnen Absätzen von dem Herrn Vorsitzenden zur Abstimmung gestellt, und von der Versammlung in allen Punkten genehmigt.

9) Der folgende §. 7 (§. 12 des Entw.) handelt von den Gassenbrücken, deren Anordnung, Ausführung und Instandhaltung dem Baubeamteten zugewiesen ist.

10) In dem §. 8 (§. 13 des Entw.) ist bestimmt, daß die Aufforderung zur Ausbesserung der schadhaft gewordenen Trottoirs, Hausgassen und privaten Gassenbrücken von Seiten Herzoglicher Polizei-Direction an die Hauseigenthümer unter Bestimmung einer Frist und Androhung einer Strafe erfolgen werde und diese ihrer

Verpflichtung nachgekommen sein würden, wenn sie um Vornahme dieser Arbeiten den Baubeamten ersucht und hievon der Herzoglichen Polizei-Direction Anzeige gemacht hätten; im Falle der Unterlassung dieser Anzeige wird die angedrohte Strafe verwirkt und der Baubeamte von Herzoglicher Polizei-Direction zur Ausführung der Arbeiten requirirt.

11) Nach §. 9 (§. 14 des Entw.) sollen rücksichtlich der für die besondere Rechnung eines Hauseigenthümers vorgenommenen Arbeiten (§. 6—8) die Bestimmungen des §. 3 Anwendung finden.

Zu den §§. 7—9 wird von der Versammlung die Zustimmung ertheilt.

Die Fortsetzung der Berathung des Statuts wird von dem Herrn Vorsitzenden auf die nächste Sitzung verschoben.

Nach Beendigung der Verhandlungen über den §. 26 der Straßen-Polizei-Ordnung hat Herr Rischbieter einen weiteren Antrag auf Abänderung der §§. 48 und 56 derselben Ordnung angekündigt.

Die Sitzung wird von dem Herrn Grotzian unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung geschlossen.

N^o. 14.

Sitzung am 8. December 1859.

1859.

Nach vorgängiger Sitzung der vereinigten Versammlung des Stadt-Magistrats und der Stadtverordneten, in welcher unter der Leitung des Herrn Overbürgermeisters Caspari nach Vorschrift des §. 70 der revidirten Städte-Ordnung vom 19. März 1850 die Wahl zweier unbesoldeten Mitglieder des Stadt-Magistrats an Stelle der mit dem kommenden Jahre ausscheidenden beiden Herren Stadträthe Bammel und Grote vorgenommen und

Herr Stadtrath Bammel mit 26 unter 27 Stimmen,

Herr Stadtrath Grote mit 27 unter 28 Stimmen

wieder gewählt worden ist, wird die besondere Sitzung der Stadtverordneten von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Abwesend sind die Herren Fabricius, Flagge, Halle und Kahlert mit und Herr Meyer ohne Entschuldigung.

Das Protocoll der letzten Sitzung vom 1. d. Mts. wird von dem Protocollführer vorgelesen und von der Versammlung genehmigt.

I. Es wird fortgefahren in der Berathung des Statuts, die Straßenpflasterungen in hiesiger Stadt betreffend, über welches Herr Häusler Namens der Statuten-Commission weitem Bericht erstattet:

12) Nach §. 10 (§. 9 des Entw.) wird bei der vollständigen Neupflasterung einer Straße oder eines öffentlichen Platzes neben den von den Hauseigenthümern zu zahlenden Kosten noch ein Zuschlag von 20 Procent erhoben, gegen dessen Erlegung dieselben von jeder Verpflichtung in Bezug auf die Straßenpflasterung für immer befreit werden; aus jenen Ablösungsbeträgen wird ein besonderer zinsbar zu belegender Fonds gebildet; die Zinsen werden zu den abgelösten Pflasterungen verwendet; ein etwaiges Deficit deckt die Stadt-Casse.

Die Ablösbarkeit der Verpflichtung zur Straßenpflasterung, d. h. zur Tragung der damit verbundenen Kosten, welche übrigens nach §. 10 im Vergleiche mit dem folgenden §. 11 durch den Widerspruch der Beitragspflichtigen nicht soll gehindert werden können, wird von der Commission als wünschenswerth und dem Interesse der Hauseigenthümer entsprechend anerkannt, da von letztern je nach der Ausdehnung der Häuser bei Neupflasterungen nur Beiträge zwischen 30 und 100 fl zu zahlen seien.

Die angestellten auf die Erfahrung gegründeten Ermittlungen und Berechnungen hätten aber auch ergeben, daß für die Stadt-Casse ein Zuschlag von nur 20 Procent voraussichtlich ausreichen werde, um dieselbe vor größern Zuschüssen zu bewahren.

Gegen die Verpflichtung der Hauseigenthümer, einer Ablösung der denselben obliegenden Last bezüglich der Straßenpflasterung sich zu unterwerfen, erklärt sich Herr Lissebon, weil der Eigenthumsbesitz an den Häusern in hiesiger Stadt sehr häufig wechsele und eine Vergütung für den gezahlten Ablösungsbetrag in Veräußerungsfällen nicht mit in Anrechnung kommen werde, wie selbst der Vortheil ohne Einfluß auf den Kaufpreis der Häuser bleibe, daß den letztern aus der Gemeintheitstheilung eine Abfindung an Land zugesallen sei. Die Herren Häusler und Aronheim, sowie der Herr Vorsteher widersprachen diesen Behauptungen sowohl in Ansehung des häufigen Wechsels im Eigenthumsbesitze der Häuser, als auch in der Beziehung, daß bei Veräußerungen kein Gewicht darauf gelegt werden sollte, ob auf dem Besitze der Häuser eine Verpflichtung zur Tragung von Pflasterungskosten ruhe oder nicht, und weisen auf die in neuerer Zeit mehrfach vorgekommenen Beispiele hin, welche bei Kauf und Verkauf von Häusern Seitens der Stadt die Zugehörigkeit von Pertinenz-Grundstücken von Werth haben erscheinen lassen.

Ein anderer Gesichtspunkt wird von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari geltend gemacht: Bei Verathung der frühern Paragraphen dieses Statuts sei die Befürchtung, daß die Aufforderung und das Einschreiten der Polizei, behuf Instandhaltung des Straßenpflasters Seitens der Hauseigenthümer, zu manchen unangenehmen Berührungen Veranlassung bieten würde, zu erkennen gegeben. Wie das Statut in anderer Beziehung das Ziel verfolge, die gesammten Pflasterungs-Arbeiten in eine technische Hand zu legen, so habe auch die Ablösbarkeit der Verpflichtung zur Straßenpflasterung die wirksamere Verfolgung desselben Zieles zum Zwecke, wovon die weitere Folge sein werde, daß die Polizei der Straßenpflasterung wegen mit den Hauseigenthümern überhaupt nicht mehr in Berührung komme. Jedoch ohne die zwangsweise Ablösung jener Verpflichtung, durch welche der Widerspruch des Einzelnern aufgehoben werde, sei das obige Ziel, welches somit den Grundzug des Statuts bilde, nicht zu erreichen, es wäre denn, daß, wie etwa in Magdeburg, zur Bestreitung der Pflasterungskosten eine dauernde Steuer auf die Häuser gelegt würde: die Geringfügigkeit des Ablösungs-Capitals gebe gewiß aber der vollständigen Ablösung den Vorzug.

Denselben Gesichtspunkt vertreten auch die Herren Aronheim, Steinmeyer und Bartels, während Herr Lissebon dagegen einwendet, daß das bisherige Verfahren in Ansehung der Beschaffung der Pflasterungs-Arbeiten sich nützlich gezeigt habe, insofern jene Arbeiten durch die Hauseigenthümer rascher und besser besorgt seien, als an den Stellen, welche auf öffentliche Kosten herzustellen gewesen wären, und daß deshalb in Frage kommen dürfe, ob in Zukunft durch die Uebertragung der Sorge für das Straßenpflaster ausschließlich auf Herzogliche Polizei-Direction und den Baubeamten gewonnen würde.

In Beziehung auf eine von dem Herrn Bartels gewünschte Erläuterung, ob bei der Berechnung des Ablösungs-Capitals auch das zur Pflasterung noch brauchbare

Material mit in Anschlag gebracht werden solle, erwidert Herr Häusler, daß bei jener Berechnung die Kosten einer vollständigen Neupflasterung zum Grunde gelegt werden würden, mithin das vorhandene alte Material unberücksichtigt bleibe.

In gleicher Weise spricht sich hierüber auch Herr Oberbürgermeister Caspari aus und bemerkt derselbe zu dem angedeuteten Bedenken des Herrn Lissebon, daß die bisherige Wirksamkeit der Herzoglichen Polizei-Direction wegen der auf öffentliche Kosten zu beschaffenden Pflasterungs-Arbeiten darin Schwierigkeiten gefunden habe, daß behuf Anforderung und Verwilligung solcher Kosten umständlichere Verhandlungen nöthig gewesen wären, welche durch das neue Statut beseitigt würden, indem für die Berichtigung der Kosten ohne Weiteres die Stadt-Casse in Anspruch genommen werden könne. Dadurch werde die Sorgsamkeit der Herzoglichen Polizei-Direction für die Instandhaltung des Straßenspalters auch an Stellen, welche von der Verpflichtung der Hauseigenthümer ausgeschlossen seien, eine gleichmäßig wirksame werden, zumal nach dem Statute, wie noch der Herr Vorsitzende hervorhebt, die Ablösbarkeit der Verpflichtung dem Staate, insofern derselbe zur Beschaffung von Pflasterungsarbeiten besonders verpflichtet sei, wie den Privathauseigenthümern gegenüber zur Anwendung komme.

Durch Beschluß der Versammlung werden die im §. 10 enthaltenen Bestimmungen rücksichtlich der Ablösbarkeit selbst und auch des Ablösungs-Betrages von 20 Procent angenommen.

13) Der §. 11 (§. 10 des Entw.) läßt auch auf den Straßen eine Ablösung der Verpflichtung zur Pflasterung zu, wo eine Neupflasterung noch nicht stattfindet; dieselbe ist von dem Mehrheits-Beschlusse der betreffenden Hauseigenthümer abhängig gemacht und bleibt noch widerruflich, wenn denselben das ermittelte Ablösungs-Capital zu hoch erscheinen sollte; die Vernehmung der Hauseigenthümer erfolgt durch einen Deputirten des Stadt-Magistrats; die Ablösungs-Beträge werden den Bestimmungen im §. 10 entsprechend behandelt.

14) Im §. 12 (§. 19 des Entw.) ist bestimmt, daß, falls in Folge von Straßenpflasterungen die Erhöhung oder Senkung der Hausgassen, der Trittssteine in den Hausthüren, der Thüren und Einfahrten und dergleichen nöthig werden würde, die Hauseigenthümer von den vorzunehmenden Veränderungen durch den Stadt-Magistrat benachrichtigt werden sollen; unter Ausschluß eines processualischen Verfahrens bleibt den Hauseigenthümern ein Recurs an Herzogliches Staats-Ministerium vorbehalten.

15) Bei der Neupflasterung einer Straße soll nach §. 13 (§. 20 des Entw.) thunlichst auf die Beseitigung der in die Trottoirs vortretenden Trittssteine, Treppen u. s. w. Bedacht genommen werden.

16) Die Pflasterungskosten — §. 14 (§. 15 des Entw.) — werden zunächst der Herzoglichen Bau-Casse entnommen; die Rechnungen werden nach Maßgabe des Regulativs vom 11. Febr. 1859 revidirt und festgestellt und sind nebst dem eventuellen Zuschlage binnen einer vom Stadt-Magistrate zu bestimmenden Frist von den Hauseigenthümern an die Stadt-Casse zu bezahlen; Einwendungen gegen die Rechnungen

sind von den Hauseigenthümern binnen vier Wochen (geltend zu machen und werden im Falle des Ungrundes vom Stadt-Magistrate sofort zurückgewiesen, sonst aber dem Herzoglichen Staats-Ministerium zur Entscheidung vorgelegt.

17) Die endgiltigen Rechnungs-Beträge, imgleichen die Ablösungs-Capitale — §. 15 (§. 16 des Entw.) — werden nöthigenfalls gleich den öffentlichen und Gemeinde-Abgaben executivisch von den Hauseigenthümern eingezogen.

18) Für die sämmtlichen aus Veranlassung von Pflasterungsarbeiten entstandenen Verbindlichkeiten der Hauseigenthümer — §. 16 (§. 17 des Entw.) — haftet das betreffende Haus und der jeweilige Besitzer hat die Rechnungen zu bezahlen, ohne Rücksicht darauf, ob derselbe das Haus zur Zeit der Vornahme der Arbeiten bereits besessen oder später erst erworben hat.

Die Schlußbestimmung im Entwurfe, daß eventuell der Vorbesitzer dem Käufer eines Hauses die gezahlten Pflasterungskosten erstatten soll, wird wegen ihres civilrechtlichen Charakters von der Commission wegzulassen beantragt.

19) Nach §. 17 (§. 18 des Entw.) werden im Falle einer Insolvenz des Debtors die Zahlungsverbindlichkeiten den öffentlichen und Gemeinde-Abgaben gleichgestellt.

Die von dem Herrn Referenten verlesenen §§. 11 bis 17 werden von dem Herrn Vorsitzenden einzeln zur Abstimmung gebracht und von der Versammlung, der §. 16 mit der von der Commission beantragten Weglassung der Schlußbestimmung angenommen.

Endlich wird zu dem Statute über die Straßenpflasterungen in hiesiger Stadt im Ganzen von der Versammlung die Genehmigung ertheilt.

II. Mittelft Schreibens des Stadt-Magistrats vom 30. September d. J. sind die über die Verwaltung des städtischen Haushalts geführten Rechnungen vom Jahre 1858 zur Prüfung vorgelegt.

Nach dem Berichte des Herrn Födel hat die Finanz-Commission keine Veranlassung zu Erinnerungen gegen die Rechnungen gefunden und giebt dieselbe anheim:

»die städtischen Rechnungen vom Jahre 1858 für justificirt anzunehmen und zu genehmigen, daß dem Rechnungsführer Decharge ertheilt werde.«

Die Versammlung erklärt zu diesem Antrage durch Beschluß ihre Zustimmung.

III. Ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 27. October d. J. enthält Erläuterungen zu dem beigefügten Stadt-Cassen-Etat auf das Jahr 1860 nebst den Etats über die Armen-Casse, die Gemeinde-Schul-Casse, die Begebau-Casse und die Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde und den Anlagen zu diesen Etats.

Die Berichtserstattung erfolgt Namens der Finanz-Commission durch den Herrn Födel und giebt zu den folgenden Erörterungen, Anträgen und Beschlußnahmen Veranlassung.

1) In dem Stadt-Cassen-Etat ist unter den Einnahmen an Zinsen eines auf das Haus des Stadtraths Rudolphi, Nro. ass. 698 an der Sonnenstraße, einge-

tragenen Hypothek-Capitals von 2500 $\text{\$}$ Erwähnung geschehen. Da die Umstände zur Zeit der Darlehung dieses Capitals die Einholung der erforderlichen Zustimmung der Versammlung nicht thunlich machten, das Capital aber als erste Hypothek sicher und bei dem Zinsfuße von $4\frac{1}{2}$ Procent vortheilhaft angelegt ist, genehmigt die Versammlung auf Antrag der Commission nachträglich die Capitalausleiheung.

2) Die Einnahmen sind im Stadt-Cassen-Etat im Ganzen zu 32005 $\text{\$}$ 6 g 7 d angenommen.

3) An abzuführenden Capitalien sind unter den Ausgaben im Stadt-Cassen-Etat 7000 $\text{\$}$ aufgenommen, welche auf das Kaufgeld für die Häuser am Steinwege an die Herzogliche Leihhaus-Casse erfolgen sollen.

Nach einer Mittheilung des Herrn Oberbürgermeisters Caspari werden indessen auf Grund einer anderweiten Vereinbarung mit der Herzoglichen Landes-Regierung im kommenden Jahre nur 6000 $\text{\$}$ abzuführen sein.

4) In dem Capital des Stadt-Cassen-Etats »Besoldungen und Löhne« sind folgende Gehaltsätze in Ausgabe gestellt, welche im Vergleiche mit dem Etat für das laufende Jahr Zulagen ausweisen:

- a. für den Registrator Gerloff: Gehalt von 300 $\text{\$}$;
- b. für den Schreiber Müller: Gehaltsatz von 220 $\text{\$}$ durch Zulage von 40 $\text{\$}$;
- c. für den Schreiber Gerloff: Gehalt von 150 $\text{\$}$ durch Zulage von 30 $\text{\$}$;
- d. für den Stadt-Cassen-Controleur Quenstedt: Gehalt von 350 $\text{\$}$ durch Zulage von 50 $\text{\$}$;
- e. für den Stadt-Cassen-Schreiber Gramm: Gehalt von 150 $\text{\$}$ durch Zulage von 30 $\text{\$}$;
- f. für den Bauaufseher Böcker: Gehalt von 270 $\text{\$}$ durch Zulage von 30 $\text{\$}$;

Auf Antrag der Commission ertheilt die Versammlung die Zustimmung zu den vorstehenden Gehalts-Feststellungen.

5) Für Unterhaltung der städtischen Grundstücke sind im Stadt-Cassen-Etat unter Anderm 4038 $\text{\$}$ 15 g ausgeworfen, von denen noch 2650 $\text{\$}$ auf die Restauration des großen Saales im Neustadt-Rathhause zu verwenden sein würden.

Die früher verwilligten 4000 $\text{\$}$ für die Baulichkeiten in jenem Rathhause reichen nicht aus, da insbesondere die Balkenlage in der Decke des großen Saales sehr defekt sich gezeigt und die Einziehung mehrerer neuer, eine Ausbesserung der alten Balken und andern Arbeiten veranlaßt hat. Die desfallsigen Kosten sind vom Stadtbaumeister Tappe auf etwa 1450 $\text{\$}$ berechnet und dazu die Vorrichtung eines einfachen parquettirten Fußbodens im Saale mit etwa 1200 $\text{\$}$ veranschlagt, so daß danach die ganze Mehrausgabe auf 2650 $\text{\$}$ sich beläuft.

Die Commission beantragt die Genehmigung dieses Etat-Ansatzes und wird dieselbe durch Beschluß der Versammlung ausgesprochen.

6) Unter den Ausgaben-Positionen des Gemeinde-Schul-Cassen-Etats, sind zunächst verschiedene Remunerationen etwas höher als für das laufende Jahr ausgeworfen; es sind die Remunerationen:

- a. des Zeichenlehrers Uhlenhaut von 200 fl auf 240 fl ;
- b. des Zeichenlehrers Ehlers von 100 fl auf 120 fl ;
- c. des Zeichenlehrers Kappe von 50 fl auf 70 fl ;
- d. des Lehrers Gramm für die Rechnungsführung von 100 fl auf 150 fl ;
- e. des Magistratsdieners Schulte für die Einziehung der Schulgelds-Rückstände von 12 fl auf 20 fl —

erhöht, wozu auf Antrag der Commission die Versammlung die Zustimmung erteilt.

Sodann sind unter den Baulichkeiten für die beiden Bürgerschulen vier Positionen: die Umpflasterung des Hofes in der Bürgerschule westlichen Bezirks und die

Anbringung von Fallröhren,

die Pflasterung der Hausflur in der Bürgerschule östlichen Bezirks,

die Restauration der hofseitigen Fassade des Hauptgebäudes daselbst und

die Umpflasterung des Hofes daselbst, bezeichnet, welche nach Ansicht der städtischen Baudeputation in Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate allenfalls im nächsten Jahre noch unterbleiben könnten, wenn die Mittel der Stadt-Casse zur Befreiung der Ausgaben nicht zureichen würden, womit auch die Versammlung sich einverstanden erklärt.

7) In dem Armen-Cassen-Etat sind die Besoldungen und Remunerationen:

- a. für denendanten v. Nitschke von 480 fl auf 500 fl ;
- b. für den Schreiber Schmidt von 220 fl auf 250 fl ;
- c. für die Armenärzte

im ersten Bezirke Dr. med. Prael von 60 fl auf 80 fl ;

im zweiten Bezirke: Dr. med. Krüger von 30 fl auf 40 fl ;

im dritten und sechsten Bezirke: Dr. med. Schrader von 120 fl auf 160 fl ;

im vierten Bezirke: Dr. med. Wolfsheim von 60 fl auf 80 fl , und

im fünften Bezirke: Dr. med. Balke von 60 fl auf 80 fl ,

erhöht; diese Vergütungen sind von der Commission für angemessen gehalten und werden auch von der Versammlung genehmigt.

8) Zu dem Wegebau-Cassen-Etat, sowie

9) zu dem Etat über die Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde, werden besondere Bemerkungen nicht gemacht.

Der Stadt-Cassen-Etat schließt hiernach mit einer Gesamt-Ausgaben-Summe von 87005 fl 6 gr 7 d ab, welche gegen die Gesamt-Einnahme von 32005 fl 6 gr 7 d gerechnet ein durch die Communal-Steuer zu deckendes Deficit von 55000 fl ergibt.

Von dem Stadt-Magistrate ist beantragt:

»den sämmtlichen Etats die Zustimmung zu ertheilen,
und

zu genehmigen, daß das Deficit der Stadt-Casse im Betrage von 55000 ₰ durch eine nach den bisherigen Grundsätzen auszuschreibende Communal-Steuer gedeckt werde,

auch
den Stadt-Magistrat zu ermächtigen, falls die eingehende Communal-Steuer zur Bestreitung der sämmtlichen Ausgaben nicht genügen sollte, von den projectirten Bauten den einen oder den andern, weniger bringenden auszuweisen.«

Dem Anheimgeben der Commission, die beantragte Zustimmung, Genehmigung und Ermächtigung zu ertheilen, entspricht die Versammlung durch förmlichen Beschluß.

IV. In vertraulicher Sitzung werden von den Herren Graß, Bartels und Kellner noch einige Reclamationen gegen die Veranlagung zur Gemeinde- und Armen-Steuer zum Vortrage gebracht.

Nach Beendigung dieser Verhandlungen wird die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung geschlossen.

(Beilage zum 47. Stücke der Braunschw. Anzeigen.)

N^o 15.

(Fortsetzung der Beilage zu N^o 308 de 1859 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

1859.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 15. December 1859.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit des Herrn Nothdurft wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen; abwesend ist auch noch Herr Niemeyer.

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 8. d. Mts. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Gegenstand der Tagesordnung ist die neue Feststellung des Vertrages zwischen der hiesigen Stadt und der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft hieselbst.

Der in der Sitzung am 27. October d. J. der Statuten-Commission überwiesene Contracts-Entwurf ist nach dem Vortrage des Herrn Vorsitzenden im Wesentlichen nur eine neue Redaction des ältern Contracts und des Nachtrages zu demselben: neue Bestimmungen sind in den Contract nur in Beziehung auf die Ermittlung der normativen Leuchtkraft des Gases, die Ausführung einer wirksamern Controle und die Feststellung des Gaspreises aufgenommen.

Die Theilnahme eines Mitgliedes der Direction der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft an den Commissions-Verhandlungen verheißt bei der stattgefundenen Uebereinstimmung eine Annahme des neuen Contracts auch von Seiten der Gesellschaft. Für die Anlegung eines zweiten Gasometers, welche binnen Jahresfrist erfolgen solle, ist die Zu-

stimmung der General-Versammlung der Actionaire vorbehalten und sollte die desfallige Verpflichtung, welche, weil nur vorübergehend, nicht zum Inhalte des Contract's selbst gemacht worden, in einem besondern Vollziehungs-Protocolle ausgesprochen werden.

Herr Aronheim wünscht dabei den Vorbehalt vermerkt zu sehen, daß der Contract eventuell nur unter der Bedingung als von der Versammlung genehmigt angesehen werden solle, wenn die Verpflichtung zur Anlegung eines zweiten Gasometers übernommen und erfüllt wird.

Der Contract, wie solcher aus der Vorberathung der Commission hervorgegangen ist, wird von dem Herrn Vorsitzenden zunächst im Ganzen verlesen und werden darauf die einzelnen Bestimmungen desselben zur Verhandlung verstellt:

In der Einleitung, welche die Genehmigung der Versammlung erhält, ist ausgedrückt, daß der neue Contract an Stelle des bestehenden vom 13. December 1851 und dessen Nachtrages vom 5. September 1853 treten solle.

Die nachfolgenden Bestimmungen beziehen sich zunächst auf die Rechtsverhältnisse der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft zu der hiesigen Stadt.

§. 1. legt die gegenwärtige Beleuchtung der hiesigen Stadt nach der örtlichen Ausdehnung zum Grunde.

§. 2. Die Gesellschaft hat, wie bisher, 490 Gasflammen, den Candelaber auf dem Kohlmarke nur zu zwei Flammen gerechnet, und 50 Oelflammen oder eventuell eben so viele Gasflammen zu liefern; eine Vermehrung der Gesamtzahl dieser Flammen kann der Stadt-Magistrat gegen weitere Entschädigung verlangen.

§. 3. Die Gaslaternen sind nach der Bestimmung des Stadt-Magistrats mit Brennern zu versehen, welche ein Licht gleich der Leuchtkraft von 20 oder 14 Wachskerzen geben; die jetzige Form der Oellaternen ist beibehalten und nur noch bestimmt, daß die Dochte einen Durchmesser von 12 Pariser Linien haben müssen.

Es wird von verschiedenen Seiten darüber gestritten, ob die Zahl der Brenner mit einem Consum von 4 oder 3 Cubikfuß Gas in einer Stunde, wonach sich die Lichtstärke von 20 oder 14 Wachskerzen regelt, der Bestimmung des Stadt-Magistrats überlassen, oder nicht vielmehr in den Contract selbst aufgenommen werden solle. Zur Ausgleichung wird von dem Häusler ein Zusatz zu dem §. 3. beantragt:

»die jetzige Zahl der Cubikfüßigen Brenner mit einer Leuchtkraft von 14 Wachskerzen darf nicht vermehrt werden; bei einer Verwandlung der noch vorhandenen Oelflammen in Gasflammen bleibt rücksichtlich dieser eine desfallige Vereinbarung der Gesellschaft mit dem Stadt-Magistrate vorbehalten«, und wird dieser Zusatz von der Versammlung mit 15 unter 24 Stimmen angenommen.

§. 4. Das zu liefernde Gas muß eine näher bestimmte Leuchtkraft besitzen, gut gereinigt sein und darf bei richtigem üblichen Gebrauche nicht russen; ebenso ist über die Leuchtkraft der Oelflamme oder eines etwaigen andern Beleuchtungsstoffes Bestimmung getroffen.

Herr Uhde bemerkt, daß bei der Messung der Leuchtkraft des Gases eine gleichmäßige Länge der zu messenden Flamme festgestellt werden müsse, und giebt anheim, in dem §. 4. noch einzuschalten:

»daß für die Maßflamme eine Länge von zwei Zoll Braunschw. angenommen werde.«

Hiermit erklärte sich die Versammlung einverstanden.

§. 5. Rücksichtlich der Brennzeit ist ein Unterschied zwischen Nachtlaternen und Abendlaternen gemacht und im Uebrigen auf den alljährlich zu erlassenden Laternenkalender Bezug genommen; auf Verlangen des Stadt-Magistrats hat die Gesellschaft auch außer der regelmäßigen Brennzeit der Laternen eine Beleuchtung der Stadt gegen Vergütung zu leisten.

§. 6. Bei Unterbrechungen der Gasbeleuchtung, welche der Gesellschaft anzurechnen sind, hat letztere für eine anderweite Straßenbeleuchtung Sorge zu tragen.

Die §§. 7—12. enthalten nähere Verabredungen über die Beschaffenheit und Verbindung, die Lage und Richtung, die Instandhaltung und Ausbesserung der Leitungs-Röhren, über die Anschaffung, Anbringung, Instandhaltung und Reinigung der Beleuchtungs-Apparate.

§. 13. Für die Beleuchtung der Stadt ist eine Jahressumme von 9000 fl bestimmt; die in §. 5 erwähnte Vergütung ist auf 4 fl für jede Gas- oder Oelflamme und Brennstunde festgesetzt.

§. 14. Die ursprüngliche Contracts-Dauer bis zum Ende des Jahres 1877 ist bestehen geblieben.

Herr Kahler hält es für bedenklich, auf eine so lange Zeit die hiesige Stadt zur Zahlung einer jährlichen Summe von 9000 fl zu verpflichten, da inzwischen andere Mittel und Wege aufgefunden werden könnten, eine öffentliche Beleuchtung wohlfeiler herzustellen, die desfallsigen Versuche wenigstens ein günstiges Resultat nicht ausschließen.

Herr Aronheim knüpft daran den Antrag:

»für den Fall, daß von der Gesellschaft Materialien oder Stoffe zur Gasfabrikation verwendet werden sollten, welche den Preis des Gases wesentlich modificiren würden, die Genehmigung des Stadt-Magistrats vorzuhalten.«

Der Herr Vorsitzende, sowie die Herren Overbürgermeister Caspari, Helfft, Steinmeyer und Uhde erklären dagegen, daß es sich hier nicht um die Gründung eines ganz neuen, sondern um die Umgestaltung eines bestehenden Contracts-Verhältnisses handle, daß bei Unternehmungen der vorliegenden Art ein Contracts-Abschluß auf eine längere Reihe von Jahren üblich und unvermeidlich sei und die Contrahenten auf beiden Seiten gleichen Gefahren in Bezug auf etwaige neue Erfindungen und Einrichtungen ausgesetzt seien, daß übrigens nach den früheren Verhandlungen nicht

auf die Materialien und Stoffe zur Gasfabrikation, sondern nur auf die Qualität des zu liefernden Gases entscheidendes Gewicht gelegt und gerade hierauf bei der Modification des bestehenden Contracts Rücksicht genommen werden solle.

Bei der Abstimmung erhält der obige Antrag des Herrn Aronheim nur 9 von 24 Stimmen und ist derselbe daher von der Versammlung abgelehnt.

§. 15. Die von dem Stadt-Magistrate anzuordnende Controle soll insbesondere auf die Beschaffenheit des Gases und der Delflammen sich erstrecken und durch einen Sachverständigen ausgeführt werden, welcher von dem Stadt-Magistrate ernannt und beeidigt wird.

Gegen die Ansicht des Herrn Nieß, daß die Ernennung des Sachverständigen unter Zustimmung dieser Versammlung geschehen möge, hat der Herr Oberbürgermeister Caspari insoweit nichts einzumenden, als der Stadt-Magistrat ersucht werden sollte, von der Wahl des Sachverständigen die Versammlung in Kenntniß zu setzen, während Herr Uhde der Meinung ist, daß die Wahl eines solchen Sachverständigen lediglich Sache der administrativen Behörde, des Stadt-Magistrats, sei.

Der von Herrn Nieß im Sinne des Herrn Oberbürgermeister Caspari formulierte Antrag:

»daß der Stadt-Magistrat ersucht werde, der Versammlung von der Wahl jenes Sachverständigen Mittheilung zu machen«, wird mit 12 unter 23 Stimmen angenommen.

§. 16. Mängel, welche sich in Ansehung der Röhrenleitungen und Beleuchtungs-Apparate herausgestellt haben, sind binnen einer vom Stadt-Magistrate zu bestimmenden Frist und bei einer von demselben anzubrochenden Conventional-Estrafe von 2 bis 50 $\text{\$}$ zu beseitigen; Nachlässigkeiten im Putzen, Anzünden oder Auslöschen der Laternen sind mit einer Conventional-Estrafe von 3 Groschen für jede Laterne bedroht.

§. 17. Durch den kontrollirenden Sachverständigen wird in einem von dem Stadt-Magistrate bestimmten Locale die im §. 4. verabredete Lichtstärke des Gases vermittelst des Bunsenschen Photometers unter Anwendung der Brenner für einen Verbrauch von 4 Cubikfuß in der Stunde mindestens einmal in der Woche geprüft und die Reinheit des Gases, namentlich in der Hinsicht, ob dasselbe rußt, mindestens einmal in jedem Monate untersucht; auch die Delflammen sind einer entsprechenden Prüfung durch den Sachverständigen unterstellt. Der technische Director der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft ist, sofern Ansprüche gegen letztere begründet sein sollen, zur Theilnahme an jenen Prüfungen und Untersuchungen aufzufordern. Im Uebrigen ist die Ermittlung des Sachverständigen allein entscheidend und wenn die Leuchtkraft nach dem Durchschnitte der in einem Monate angestellten Prüfungen um mehr als 10 % sich verringert hat, oder das Gas nicht gehörig gereinigt ist oder bei richtigem üblichen Gebrauche rußt, so ist der Stadt-Magistrat befugt, als Entschädigung eine von dem Sachverständigen zu bestimmende Kürzung des Preises für den betreffenden Monat eintreten zu lassen und außerdem eine Conventional-Estrafe von 2 bis 50 $\text{\$}$ einzuziehen.

§. 18. Die Höhe der Conventional-Strafe bestimmt nach Anhörung der Einwendungen und Entschuldigungsgründe Seitens der Direction der Gesellschaft der Stadt-Magistrat; Entschädigungen und Conventional-Strafen fließen in die Stadt-Casse.

§. 19. Während der Dauer des Contracts bleibt die Befugniß der Stadt ausgeschlossen, einem andern Unternehmer die Benutzung der öffentlichen Straßen und Plätze zur Anlage von Leitungsröhren behuf der Beleuchtung zu gestatten, dagegen darf auch die Gesellschaft ihre Rechte aus diesem Contracte an Dritte nicht cediren.

Für die Rechtsverhältnisse der Gesellschaft zu Privaten sind die nachfolgenden Bestimmungen berechnet:

§. 20. Die Gesellschaft ist verpflichtet, in allen Straßen und Plätzen, wo sich ihre Röhrenleitung befindet, sowohl öffentliche Gebäude, als Privatwohnungen auf Verlangen mit Gas zu versehen; die Consumenten sind auf Anfordern der Gesellschaft verpflichtet, mit dieser einen Lieferungs-Contract nach einem von dem Stadt-Magistrate genehmigten Formulare abzuschließen.

§. 21. Die Ableitung aus den Haupttröhren bis an die Gasuhr und die Aufstellung der letztern besorgt auf Kosten der Privaten die Gesellschaft; die weiteren Bestimmungen betreffen die Lieferung und Instandhaltung der Gasuhren.

§. 22. Etwaige Entschädigungsansprüche der Privaten gegenüber der Gesellschaft sind auf Grund der von dem städtischen Sachverständigen ermittelten Mängel (§. 17.) bei den zuständigen Gerichten geltend zu machen.

Herr Kronheim vermißt in dieser Bestimmung den nothwendigen Anhaltspunkt dafür, wie hoch eine Entschädigung zu ermesen sein werde.

Der Erläuterung des Herrn Overbürgermeisters Caspari, daß die nach §. 17. von dem städtischen Sachverständigen zu bestimmende Kürzung des Preises auch den Privaten gegenüber als Maßstab dienen werde, sucht Herr Häusler dadurch Ausdruck zu geben, daß er für den §. 22. die nachstehende vervollständigte Fassung beantragt:

»— auf Grund der von dem städtischen Sachverständigen ermittelten Mängel —« und des von demselben danach festgestellten Minderwerths«
»— des Gases —.«

Die Einschaltung wird von der Versammlung genehmigt.

§. 23. Die 1000 Cubikfuß Gas sollen vom 1. desjenigen Monats an, in welchem dieser Contract vollzogen wird, den Privaten berechnet werden: mit 4½ fl , so lange der Privatconsum unter 7 Millionen Cubikfuß im Jahre bleibt, und mit 4 fl , so lange derselbe von da ab unter 10 Millionen Cubikfuß im Jahre bleibt; bei stärkerem Privatconsum soll weitere Vereinbarung über den Gaspreis unter den Contractanten getroffen werden.

Die Zustimmung zu diesem Paragraphen ist Seitens der Gesellschaft an den Vorbehalt geknüpft, daß einer anderweiten Vereinbarung über den Gaspreis auch in dem

Fälle Raum gegeben werden solle, wenn das Material zur Gasfabrikation während eines Zeitraums von länger als zwei Jahren eine Preiserhöhung von über 20 % erfahren würde: die Commission hält es für unbedenklich, diesen Vorbehalt in das Vollziehungs-Protokoll aufzunehmen, da demselben eine materielle Bedeutung kaum beizulegen sei.

Herr Flagge wünscht den Zeitpunkt, mit welchem der Gaspreis zunächst von $4\frac{1}{2}$ P eintreten solle, genauer bestimmt zu sehen, da sich der Abschluß des Contracts länger verzögern könnte.

In Uebereinstimmung hiermit giebt Herr Aronheim anheim:

»jenen Zeitpunkt auf den 1. Januar 1860 festzustellen, unter der Voraussetzung, daß der Contract später von beiden Theilen vollzogen werde, und unter der Bedingung der eventuellen Nachzahlung des Preisunterschiedes.«

Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden genehmigt die Versammlung:

»daß der Stadt-Magistrat ersucht werde, in jenem Sinne bei der Gesellschaft eine Preisberechnung von $4\frac{1}{2}$ P vom 1. Januar 1860 an zu erwirken.«

Allgemeine Bestimmungen enthalten die folgenden §§. 24—29:

§. 24. Der Contract gilt als jedesmal auf 5 Jahre prolongirt, wenn nicht 2 Jahre vor dem Ablaufe der Contractszeit eine Kündigung erfolgt.

§. 25. Nach erfolgter Kündigung hat die Stadt das Recht, die Gasfabrik zu übernehmen, worüber sich dieselbe binnen drei Monaten erklären muß, oder anderweite Einrichtung für die öffentliche Beleuchtung zu treffen.

§. 26. Will die Stadt die Gasfabrik nicht übernehmen, so ist die Gesellschaft befugt, das Beleuchtungsgeschäft für Private noch 15 Jahre fortzusetzen, ohne aber auf das derselben im §. 19. zugesicherte Privilegium Anspruch machen zu können.

§. 27. Die Uebernahme der Gasfabrik wird durch Taratoren vermittelt, von denen die Stadt und die Gesellschaft je einen ernannt; eintretendensfalls soll Herzogliches Staats-Ministerium um Ernennung eines Obmanns ersucht werden.

§. 28. Rechtsstreitigkeiten sollen durch ein aus drei Vertrauensmännern zusammengesetztes Schiedsgericht ausgleichend werden.

§. 29. Ordnung des Verfahrens vor diesem Schiedsgerichte.

In Beziehung auf das mehrerwähnte Vollziehungs-Protocoll wird von der Versammlung beschlossen:

1) den Abschluß des Contracts Seitens der Stadt von der Bedingung abhängig zu machen, daß die Gesellschaft sich verpflichtet, im Laufe des kommenden Jahres, 1860, einen zweiten Gasometer anzulegen,

2) eine anderweite Vereinbarung der Contrahenten über den Gaspreis mit gegenseitiger Wirkung für den Fall vorzubehalten, wenn das Material zur Gasfabrikation während eines Zeitraums von länger als zwei Jahren eine Preiserhöhung, beziehungsweise eine Preisverringerung von über 20 Procent erfahren würde.

Bei der Schlußabstimmung über den Contract im Ganzen und über das Vollziehungsprotocoll wird Beides, der Contract insbesondere mit den in den vorstehenden Verhandlungen angenommenen Modificationen und Zusätzen, mit 14 unter 24 Stimmen von der Versammlung genehmigt.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung geschlossen.
